

mo

SOS
MITMENSCH

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 55

INTERVIEWS MIT
ANTON PELINKA, YUSSI PICK,
RUTH WODAK

NACH DEM SCHOCK
NEUE ZIVILGESELLSCHAFT
GEFRAGT?

STREITKULTUR

DIE GETEILTE REPUBLIK



KOPFPORTAGE DAVON 1,25 EURO FÜR
2,50€

Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

Rot-weiß-rote Sandkistenspiele. Was kommt nach der Trotzphase?

Liebe Leserin Lieber Leser

Letztlich ist die Regierung Kurz/Strache nicht an der Opposition gescheitert, sondern an der eigenen Unzulänglichkeit, demokratiepolitische Standards zu achten und einzuhalten. Es ist auch Zeit, über die Rolle der Zivilgesellschaft nachzudenken. Wie hat sie agiert, welche Stimmungen haben sich breitgemacht? Sollte man gar über einen Neuanfang nachdenken, wie der systemische Berater und Trainer Martin Goessler in seinem Text über Non-Profit-Organisationen vorschlägt? Wir wollten aber auch wissen, wie es der schwarz-blauen Regierung gelingen konnte, durch Message Control und geschickt gesetzte Frames recht gut die Kontrolle über Informationen zu behalten. Waren die Medien nicht nachdrücklich, nicht kritisch genug? Oft schien es auch erstaunlich leicht, an der Sozialpartnerschaft vorbei zu regieren. Die Streitkultur des Landes hat sich jedenfalls aufgeheizt, ob sie auch besser geworden ist, wäre zu beurteilen.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßel



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: Florian Albert



Foto: Karin Wasner

Einstieg

3 EDITORIAL

7 HANDLUNGSBEDARF

Vier Jahre nach der Flüchtlingsaufnahme 2015. In welche Richtung driftet die Politik?
Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Streitkultur

8 DAS GROSSE SPIEL

Nach einem beispiellosen Abwahl-, Rücktritts- und Mißtrauensreigen: Wie geht es weiter? Der Politologe Anton Pelinka sieht die FPÖ sehr lebendig und die SPÖ in Fragen der Migration nicht weit von dieser entfernt. *Interview: Gunnar Landsgesell*

11 ZWISCHEN SCHOCKSTARRE UND NEUBEGINN

Wir brauchen ein neues, kämpferisches, zivilgesellschaftliches Engagement. *Vier Thesen von Martin Goessler.*

14 DIE STRATEGIE DES STRONG MAN

Eineinhalb Jahre Message Control, Framing und perfekt akkordiertes Wording in schwarz-blau. Warum schaffte das die Opposition nicht?
Alexander Pollak im Gespräch mit dem Politikberater Yussi Pick.

18 EUROPA SPRICHT

Anfang Mai kamen in ganz Europa 17.000 Menschen zusammen, um um miteinander zu diskutieren. Ein Medienexperiment.
Text: Anna Karrer

20 SCHAMLOSE NORMALISIERUNG

Verbale Ausgrenzung und Untergriffe als Erfolgsrezept? Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak über Stil und Inhalt eines - vorerst - geplatzen Regierungsstils.
Interview: Zoran Sergievski

Welt

24 NACH DEM KINDERGARTENWIRBEL

Was blieb von den Vorwürfen, die in der Kindergartenstudie 2015 über salafistische Umtriebe und Radikalisierung erhoben wurde?
Ein Reality-Check von Nour el-Houda Khelifi.

27 MÄNNERBÜNDE UND MACHTSTRUKTUREN

Die ehemalige ÖSV-Schirennläuferin Nicola Werdenigg erhielt für ihr Engagement den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2019.
Interview: Barbara Kaufmann

30 ICH MÖCHTE EINEN BEITRAG LEISTEN

Er setzt sich für ein faires Asylrecht, für Klimaschutz und Sterbehilfe ein. Ein Gespräch darüber, was den Wiener Anwalt Wolfram Proksch antreibt. *Interview: Eva Maria Bachinger*

33 INTEGRATION AB TAG EINS

Schwarz-Blau sorgte auch für Unsicherheit im Integrationshaus. Dabei sind die hier angebotenen Kurse für Jugendliche höchst erfolgreich.
Ein Lokalausgang von Florian Bayer.

35 IMPRESSUM

Rubriken

36 KOLUMNEN

Martin Schenk: Kinder im Survivalcamp
Philipp Sonderegger: Gehen Sie weiter!
Clara Akinyosoye: Wie man gegen Vorurteile vorgeht

38 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Übersiedelt nach Berlin, und hoppla, hier sieht man: Es geht auch anders! *Kolumne: Nour El-Houda Khelifi*

39 SPOTLIGHT

Norbert Hofer gilt als das freundliche Gesicht der FPÖ. Wofür steht er, was ist inhaltlich von ihm zu erwarten?

40 POPULÄRKULTUR

Bücher, Bücher, Bücher: Mietmutterchaft / Dem Krieg entkommen
Frohe Botschaft / Entzauberte Union / Epochenwechsel
Mag's im Himmel sein, mag's beim Teufel sein /
Unser täglich Gift / Die Pestizid Lüge

45 SOS MITMENSCH

Kunstauktion: Großartige Kunst für Menschenrechte!
Der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2019 wurde vergeben

46 ANDERE ÜBER ...

Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi wollte BMI Kickl auf einen 1,50 Euro Arbeitstag einladen. Dann kam es anders.



Die wichtigste Spielregel? Respekt.

Noah ist Wiener. Keine Frage. Und wenn er etwas hasst, sind es die Blicke, die ihn am liebsten in irgendwelchen Schubladen sehen würden. Nein, das ist nicht leiwand. Respekt ist schließlich keine Einbahnstraße. Sondern der einzige Weg, um gut miteinander auszukommen. Er isst nicht mehr in der U-Bahn. Ist heilfroh über das Sackerl fürs Gackerl. Und seit er vom Frühjahrsputz gehört hat, bemüht er sich, seinen Mist in den Kübel zu werfen. Es braucht eben Regeln, weiß Noah. Nicht nur beim Sport.

Miteinander leben.
#einfachleiwand

Mehr Infos: wien.gv.at

Das Wichtigste stets auf dem Schirm.

derStandard.at/Abo

**JETZT
GRATIS
TESTEN!**



E-PAPER

Das ganze STANDARD-Lesevergnügen 1:1 in digitaler Form: täglich aktuell als E-Paper-App für iPhone, iPad, Android und Desktop.

Der Haltung gewidmet.

DERSTANDARD

HANDLUNGSBEDARF

Österreich sicher wie nie

Bestandaufnahme vier Jahre nach der Flüchtlingsaufnahme 2015. Welche Prognosen haben sich bewahrheitet und in welche Richtung driftet die Politik?

Kommentar: Alexander Pollak

Wenn Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz über das Jahr 2015 spricht, verwendet er gerne das Wort „Katastrophe“. Er will damit nicht auf die katastrophalen Bedingungen verweisen, vor denen Menschen geflohen sind, sondern „Katastrophe“ steht bei ihm für die seiner Ansicht nach durchwegs negativen Auswirkungen auf Österreich. Noch drastischere Bilder wurden von seinem bisherigen blauen Koalitionspartner gemalt. In ihren Untergangsszenarien prognostizierte die FPÖ „explodierende Kriminalität“ und eine ebenso „explodierende Arbeitslosigkeit“.

Bezüglich der Kriminalitätsentwicklung hat das Bundeskriminalamt eine gänzlich andere Wahrnehmung. „Österreich ist so sicher wie noch nie“, betitelte die Behörde kürzlich eine Aussendung. Die Gesamtkriminalität sei im Jahr 2018 auf den niedrigsten Wert seit mehr als 20 Jahren gesunken, die Aufklärungsquote zugleich gestiegen. Auch im Bereich der Gewaltkriminalität habe es insgesamt einen deutlichen Rückgang gegeben, einzig bei Morden und Mordversuchen sei ein Anstieg zu verzeichnen gewesen. Laut den Zahlen des Bundeskriminalamts ist die Kriminalität gerade in dem Bundesland am stärksten zurückgegangen, in dem sich die meisten Geflüchteten niedergelassen haben, nämlich in Wien. Die Bundeshauptstadt verzeichnete 2018 den niedrigsten Kriminalitätswert

seit Jahrzehnten. Nicht nur das macht sie in mehreren aktuellen internationalen Bewertungen zu einer der lebenswertesten Städte dieser Erde.

Auch die Arbeitslosigkeit geht in Österreich zurück. Seit Ende 2016 sank die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Personen von Monat zu Monat. Inzwischen finden auch immer mehr Geflüchtete einen Job, vermeldete kürzlich das Arbeitsmarktservice. Dank guter Konjunktur, Beschäftigungsinitiativen, Integrationsprogramme und hoher Motivation können immer mehr von ihnen am Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Das heißt nicht, dass Flucht keine Herausforderungen und Probleme mit sich bringt, insbesondere für die Betroffenen selbst. Ein Teil der Geflüchteten tut sich mit dem neuen Umfeld schwer. Nicht alle kommen mit den vorherrschenden Strukturen und Alltagskulturen in Österreich zurecht. Viele Geflüchtete leiden darunter, dass sie ihre Familie nicht nachholen können, weil die diesbezüglichen Bestimmungen massiv verschärft wurden. Ein Teil hat traumatische Erlebnisse und Gewalterfahrungen noch nicht verarbeitet. Viele kämpfen zudem mit dem Erlernen der deutschen Sprache, insbesondere jetzt, wo Sprachkurse gekürzt werden und der soziale Druck massiv erhöht wird.

Darüber hinaus hat in Österreich, wer eine dunklere Hautfarbe hat, als MuslimIn ein-

geordnet wird, nicht akzentfrei Deutsch spricht ist oder einen Namen hat, der als „nicht einheimisch“ bewertet wird, immer wieder mit Ablehnung und Vorurteilen zu kämpfen. Spaltende und rassistische Kampagnen durch Teile der Politik befeuern dieses Problem.

Gleichzeitig gibt es auch Druck aus Familien und Communities, Lebensstile nicht zu sehr zu verändern. Und viele, die daran arbeiten, gut Fuß zu fassen, werden durch die vom Innenministerium nun verstärkt betriebenen Asylaberkennungs-Verfahren in Unsicherheit und psychologische Krisen gestürzt.

Hinzu kommt eine dramatische Wende der Politik. Aus einer sich entwickelnden Integrationspolitik wurde eine handfeste Desintegrationspolitik. Drei Viertel der unter der türkis-blauen Regierung umgesetzten Maßnahmen seien desintegrativ, konstatierten 21 Expertinnen und Experten in einem gemeinsam mit SOS Mitmensch präsentierten Bericht. So wurden eine Vielzahl an Integrationsprogrammen gestrichen, Integrationsmittel an Schulen gekürzt und Ausbildungswege für Asylsuchende versperrt.

Fast könnte man meinen, die nun durch den Ibiza-Skandal implodierte Regierung hätte sehr gezielt daran gearbeitet, die bislang überraschend positive Bilanz der großen Flüchtlingsaufnahme zu zerstören.



Illustration: Petja Dimitrova

DAS GROSSE SPIEL

Wird Schwarzblau fortgesetzt oder finden sich bislang oppositionelle Kräfte zu einer neuen Koalition? Der Politologe Anton Pelinka über die Strategien des Gamblers Kurz, eine FPÖ, die keineswegs tot ist, und eine SPÖ, die in der Migrationsfrage nicht weit von ÖVP und FPÖ steht.

Interview: Gunnar Landsgesell

Ist es bezeichnend, dass die Regierung nicht an internen Widersprüchen über den Umbau der Republik, sondern an einem Video gescheitert ist?

Ja, denn die internen Widersprüche waren ja gut planiert, Stichwort „Message Control“. Strache hat ab und zu einen Neonazi aus der Partei ausgeschlossen, während die Opposition etwa in der Frage der Steuerreform nicht wirklich widersprechen konnte. Aber der Sturz kam mit etwas, das mit Rechtsextremismus gar nichts zu tun hat, und zwar mit der Geldgier und Korruptionsanfälligkeit, die in diesem Video so deutlich wird.

Waren die zwei Regierungsparteien ideologisch doch weiter auseinander als sie signalisiert haben?

Das sehe ich nicht so. Die ÖVP ist keine Einheit, sie ist in ihrer Widersprüchlichkeit nur zugedeckt durch die Popularität des Kanzlers. Und die FPÖ ist erst recht keine Einheit. Im Kern gibt es rechtsextreme Gruppierungen und es gibt die Modernisierungsverlierer, die die Partei unabhängig davon wählen. Es gibt viele Überlappungen, aber keine ideologischen Unterschiede, die den Bruch erklären könnten.

Sebastian Kurz hat nun den Ruf, zweimal eine Regierung gesprengt zu haben. Aber stimmt das Bild vom Sprengmeister überhaupt? Er hat ja zuerst nicht gesagt: Genug ist genug, sondern offenbar weiterverhandelt und wollte mit der FPÖ weiterarbeiten.

Kurz betrieb vermutlich sofort Wahlkampf. Seine Strategie ist, sich als der Staatsmann zu präsentieren, der bereit war, im Interesse des Gemeinwohls weiter zu regieren, während die FPÖ das verhinderte. Das ist Teil

**„DIE FPÖ IST HEUTE
DIE GRÖSSTE
ARBEITERPARTEI
ÖSTERREICHS.“**

des Images, das er sich für den Wahlkampf aufbaut. Offenkundig fallen andere Parteien darauf rein. Würde er durch einen Missbrauchsantrag gestürzt, wird es heißen, die SPÖ macht mit den Freiheitlichen gemeinsame Sache. Kurz' Message: Alle denken parteipolitisch, ich hingegen bin der Einzige, der staatspolitisch agiert.

Wird die Öffentlichkeit das durchschauen?
Unterschiedlich, aber für Kurz dürfte es

wohl reichen, um seine Mehrheit auszubauen, denn die Freiheitlichen werden zwar nicht abstürzen, aber verlieren. Kurz könnte im September als großer Wahlgewinner dastehen und sich aussuchen, von wem er sich zum Kanzler machen lässt.

Die FPÖ wird auch bei den nächsten Regierungsverhandlungen nicht auf Kickl verzichten. Hat sich Kurz für die Neuwahlen da nicht etwas verbaut?

Das ist sicher ein Problem. Das hängt davon ab, wie die FPÖ abschneiden wird. Stürzt sie von 25 auf 18 Prozent ab, wird sie sich nicht besonders anbieten. Bei 15 oder 12 Prozent wäre sie wohl bereit, Kickl zu opfern. Kurz gilt als der große Gambler, und auch wenn die ganze Politik wie ein Spiel ist: derzeit spielen alle nach seinen Vorgaben.

Welche Rolle spielte der Bundespräsident in dieser Situation? War er so bedeutend wie in jüngster Geschichte nicht? Und wie wichtig war es nun, dass er nicht von einer der beiden Regierungsparteien nominiert wurde?

Zumindest seit dem Versuch von Thomas Klestil, die Regierung Schüssel zu verhindern, war der Bundespräsident sicherlich



***Zur Person:** Anton Pelinka, geboren 1941 in Wien, ist Jurist und einer der bekanntesten Politologen des Landes. Er hielt Professuren an mehreren internationalen Universitäten, darunter an der Stanford University, an der University of Michigan, Ann Arbor, in Neu Delhi, New Orleans und Innsbruck. Er hat eine Reihe von Publikationen veröffentlicht, u.a. „*Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*“ (Ko-Autor, Braumüller Verlag 2008). Seit 2018 ist er Mitglied des Universitätsrates der Uni Innsbruck.*

nicht mehr so gefragt. Was seine Unabhängigkeit betrifft: Es fiel auf, dass Kurz und Gernot Blümel den Bundespräsidenten sehr rasch und mehrmals lobten. Das war fast peinlich, wie sie die gute Zusammenarbeit lobten. Ob das stimmt oder nicht ist eine andere Frage. Dahinter steckt jedenfalls Strategie.

Zur FPÖ: Ist die FPÖ tatsächlich tot wie die Krone geschrieben hat? Immerhin hat man es mit Kickl, Hofer, Haimbuchner und Vilimsky mit ganz anderen Charakteren zu tun. Waren Partylöwe Strache und sein Leibfuchs Gudenus nicht einfach Problemfälle?

Ja, die FPÖ ist überhaupt nicht tot. Die Kronen Zeitung ist vorerst unverblümt von einem pro-türkisblauen Kurs zu einem wilden Anti-FPÖ-Kurs umgeschwenkt. Verständlich, könnte man nach dem Strache-Video sagen. Aber die FPÖ muss nun auf die Wähler schauen. Sie hat erfolgreich die Modernisierungsverlierer angesprochen, sie ist heute die größte Arbeiterpartei Österreichs. Das geht ja dadurch nicht verloren, dass Strache sich im Video als unglaublich korrupt dargestellt hat. In der Partei kommen andere nach. Aber sie ist keinesfalls tot.

Ist eine Neupositionierung der FPÖ mit Hofer denkbar? Was wird sie tun, um über ihr Kernklientel hinaus sich wieder als glaubhafter Koalitionspartner anzubieten? Norbert Hofer ist natürlich der Good Cop der Freiheitlichen Partei, das freundliche

Gesicht. Die erste Pressekonferenz nach dem Bruch mit Hofer und Kickl, dem Bad Cop, hat schon gezeigt, dass die Partei bei ihrer Wählerschaft beide bedienen muss: Jene, die das freundliche, und jene, die das unfreundliche Gesicht wollen. Dass die Minister inklusive Karin Kneissl geschlossen hinter Hofer und Kickl gestanden sind, war das Signal: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. Anders als 2002 fehlt diesmal der Faktor Haider: Strache wird ziemlich sicher nicht von außen die Nach-Strache-Partei zerstören wollen.

Wen wählt man, wenn man Kurz wählt? Ist er in erster Linie ein Techniker der Macht, ein Rechtspopulist mit seriösem Gesicht?

Das „Rechts“ würde ich streichen, er ist ein Populist. Wenn Herr Kurz Fragen der sozialen Umverteilung als entscheidend für den Wahlerfolg ansieht, dann verwandelt er sich in dieser Hinsicht zum Linken. Eines seiner wichtigsten Schlagworte war, „Erneuerung“, aber er hat nie gesagt, was das heißt. Damit ist er gut gefahren. Mit dieser perfekt gestylten Unverbindlichkeit hat er tolle Erfolge errungen. Er war nie erkennbar verbindlich. Der Begriff Rechtspopulist ist deshalb zu eng für ihn.

Kurz ist nach rechts gerückt in Fragen der EU oder der Migration. Könnte man in einer anderen Regierungskoalition nach den Wahlen ein anderes Gesicht erwarten?

In Fragen der Zuwanderung ist die SPÖ nicht sehr eindeutig. Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter hat schon vor der Wahl 2017 deutlich signalisiert, dass das, was die Regierung Kurz später gemacht hat, nämlich die Quotierung, kein Tabu ist. Für die Gewerkschaft sind Ängste vor Arbeitsplatzverlust natürlich ein Thema. Insofern braucht sich Kurz nicht sehr zu bewegen. Aber die SPÖ ist auch nicht besonders entschieden für eine Vertiefung der EU eingetreten. Dafür stehen einzig die Neos. Wenn Kurz diese Partei brauchen sollte, wird er ebenfalls für die Vertiefung der EU eintreten.

Als Opposition sind in den vergangenen eineinhalb Jahren vor allem die Neos und Jetzt aufgefallen. Die SPÖ hat in diese Rolle nicht gefunden bzw. konnte den medialen Spin nicht loswerden, dass sie vor allem mit sich selbst beschäftigt ist. Aber

was kann man von der SPÖ bei der Neuverteilung der Karten erwarten?

Sie haben es gerade gesagt, die Blase des österreichischen Journalismus hat definiert, dass Pamela Rendi-Wagner die Parteichefin nicht „kann“. Damit wurde sie punziert. Ich habe das bisher inhaltlich nicht bestätigt gesehen. Sie ist eine durchaus weltoffene Frau, die nach allen progressiven Kriterien Zukunft signalisiert. Sie ist eine vollberufstätige Mutter, hat internationale Erfahrungen, die Medien haben aber festgelegt, sie meldet sich zu wenig zu Wort. Ihr Problem ist, dass sie diese negative Zuschreibung nicht los wird. Daran ist auch Burgenlands Landeshauptmann beteiligt. Er steht schon bereit. Und natürlich spielt auch Macho-Gehabe eine Rolle, dass eine Frau in einer Partei wie der SPÖ akzeptiert wird.

„EINES VON KURZ' SCHLAGWORTEN WAR ERNEUERUNG, ABER ER HAT NIE GESAGT, WAS DAS HEISST.“

Was darf sich die SPÖ von einer Zusammenarbeit mit der ÖVP versprechen? Ist es überhaupt denkbar, dass man zum Modell der Großen Koalition zurückkehrt, als wäre nichts gewesen?

Möglich ist das schon. Aber angesichts der unwahrscheinlichen Allianz zwischen den Freiheitlichen und den Sozialdemokraten, hat Kurz zunächst alles in der Hand. Wobei eine Große Koalition ohnehin obsolet erscheint, wir haben es mit drei etwa gleichgroßen Parteien zu tun. Die große Koalition ist doch ein Gespenst von Gestern. Es stimmt auch nicht, dass Österreich immer von einer Großen Koalition regiert wurde. Zwischen 1966 und 1986 hat es 20 Jahre keine gegeben. Die Große Koalition als Klotz am Bein ist doch eine sich selbst zitierende Phrase, die keiner empirischen Überprüfung standhält. Sicher ist, dass wenn Kurz mit der SPÖ koalitiert, ein neuer Spin gebraucht wird: dass das keine alte Große Koalition ist, sondern etwas Neues.

Die schwarz-blaue Regierung hat vielfach und lange von Rot-Schwarz als „Stillstandsregierung“ gesprochen. Lässt sich das bestätigen?

Überhaupt nicht. Die Politik von Kurz war, alles in den eineinhalb Jahren zu blockieren, als Christian Kern Kanzler war. Des-

halb müsste eine neue Große Koalition den Eindruck des Stillstandes von Anfang an vermeiden. Dafür gibt es Techniken, wie die der Junktimierung. In der Europapolitik lässt zum Beispiel die eine Partei der anderen freie Hand, und in der Sozialpolitik ist es umgekehrt. Dann geht auch etwas weiter. Aber das ist keine Frage der Realität, sondern der Wahrnehmung. Ich bin nicht sicher, ob die Regierung Kurz in 20 Jahren als so innovativ gesehen wird.

Wie würden Sie sagen hat die schwarz-blaue Koalition das Land strukturell verändert? Der Umbau der Institutionen, die Schwächung der Sozialpartnerschaft, das alles wurde ja unterbrochen.

Strukturell wenig, atmosphärisch vielleicht mehr. Aber ich würde nicht von einer dauerhaften Veränderung sprechen. Es gibt immer noch drei sozialdemokratische Landeshauptleute. Die Arbeitnehmervertretung ist zwar zurückgedrängt, das kann aber eine annehmbare Forderung der SPÖ sein, das rückgängig zu machen. Das sind keine dauerhaften Einschnitte. Atmosphärisch hat es aber eine tiefe Polarisierung gegeben, die an die Zeit zwischen 2000 und 2002 erinnert. Die Leute, die an den Donnerstagsdemos gegen die Regierung teilnehmen, vertreten nicht den Mainstream der SPÖ, die etwa in Zuwanderungsfragen nicht weit entfernt von der ÖVP und auch nicht von der FPÖ ist. Das hat mit ihrer Wählerschaft zu tun. Überhaupt ist die Mehrheit der Gesellschaft für Anti-Zuwanderungsparolen ansprechbar. Kickl hat nur ausgenützt, was an Stimmung vorhanden ist. Solange das so ist, ist man von einer neuen Migrationspolitik weit entfernt. Die kann übrigens nur eine gesamteuropäische sein, alles andere macht keinen Sinn.

Das vorläufige Ende dieser Koalition wird in Europa teils auch als Beleg dafür interpretiert, dass eine Koalition mit Rechtspopulisten nicht möglich ist. Ist das Wunschdenken?

Ich möchte keine generellen Schlussfolgerungen ziehen. Rechtspopulisten regieren und Italien und Polen und Ungarn, Rechtspopulisten kooperieren indirekt mit Regierungen in Dänemark und Schweden. Allgemein gesprochen ist der Graben zwischen dem Rechtspopulismus und dem „Mainstream“ nicht sehr tief.

ZWISCHEN SCHOCKSTARRE UND NEUBEGINN

Wir brauchen ein neues, wohl kämpferischeres Verständnis zivilgesellschaftlichen Engagements. Vier Thesen zur Zivilgesellschaft zwischen Irrwegen und Auswegen.

Text: Martin Goessler

Zack, zack, zack – und schon ist es vorbei mit den Ibiza-Boys an den Schaltstellen der Macht. Ein guter Zeitpunkt, um aus dieser Entwicklungsphase der österreichischen Demokratie Lehren zu ziehen. Die Stärke der Regierung korrelierte mit einer Opposition im Suchmodus und einer Zivilgesellschaft, die oft unter der Wahrnehmungsschwelle agiert. Gebannt starren alle auf die Regierungsbank – doch was tut sich abseits davon? Wie können wir die Dy-

**„EINERSEITS
WURDE OPPONIERT,
ANDERERSEITS
KOOPERIERT.“**

namik der österreichischen Zivilgesellschaft – also jenes beachtlich großen Konglomerats aus hunderten Organisationen und engagierten Menschen des links-grün-liberal-christlichen Spektrums verstehen?

Die Identität dieses Milieus der österreichischen Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in einer sehr speziellen Form der widerständigen Anpasstheit zum politischen System mit seiner zähen rot-schwarzen Machtmechanik entwickelt. Ob Arbeitsmarkt-, Frauen- oder Gesundheitspolitik: Einerseits wurde opponiert andererseits kooperiert. Mit sozialen Innova-



Jubel: Mehr als 5.000 Menschen versammelten sich am Ballhausplatz und feierten einen möglichen Neubeginn.

tionen wurde im Versuchslabor der Zivilgesellschaft experimentiert bis sie irgendwann von der Politik aufgegriffen wurden. Diese spezifisch österreichische Dynamik zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist Geschichte. Die neue Ära der türkis-blauen Machtarchitekten hat gezeigt: Eine ak-

tive Zivilgesellschaft ist für dieses Politikverständnis ebenso eine Gegnerin wie die Pressefreiheit.

Wir brauchen ein neues, wohl kämpferischeres Verständnis zivilgesellschaftlichen Engagements. Doch scheint sich dieses Milieu der österreichischen Gesellschaft aktuell selbst

im Weg zu stehen. Die Leitthese hier also: Um die beachtlichen produktiven Potentiale zu nutzen, könnte es in einem ersten Schritt helfen, im Folgenden vier zentrale blinde Flecken in den Blick zu nehmen.

Zwei zentrale Auswege

Ob im Leitartikel oder beim Abendessen mit Freunden: Die Analyse des rechtspopulistischen Lagers dominiert die linksliberale Debatte. Alle reden von Ibiza und den Folgen. Sich allerdings konsequent auf den politischen Gegner zu fixieren ist ähnlich unproduktiv wie in der Beziehungskrise auf das Verhalten des Partners, der Partnerin zu starren. Jammern ist da wie dort eine unwürdige Form des Leidens. Veränderungen durch Ursachenforschung zu ersetzen hilft nicht weiter. Vielleicht funktioniert der besoffene Machtrausch von Ibiza auch nur mit den Ohnmachtsphantasien der Zuschauerbank? Die ja eventuell ebenso irrlückernd sein könnten wie die bizarren Ideen des Herrn Strache?

„HANDELN STATT PARALYSE DURCH ANALYSE.“

Zwei zentrale Auswege bieten sich an. Erstens: Statt der Fehler der Anderen auch einmal die eigenen Versäumnisse in den Blick nehmen. Der Breitensport des Politjammerns über die nationalistische Rechte dient auch der Ablenkung von den eigenen Fehlern. Und davon gibt es in allen Politikfeldern genug. Wie ein offensiver Umgang mit eigenen Fehlern aussehen kann, machte schon vor längerem Laafi – eine kleine NGO im Feld der Entwicklungszusammenarbeit – vor: Die „Initiative für Entwicklung“, die sich in Burkina Faso engagiert, berichtet auf ihrer Website offensiv von Fehlern und gescheiterten Projekten. Glaubwürdigkeit und eine steile Lernkurve ergeben sich dann von selbst.

Und zweitens: Die Analysekraft konsequent auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten richten. Handeln statt Paralyse durch Analyse. Wie beispielweise die Caritas, die am Höhepunkt der sogenannten Asylkrise mit einem breit angelegten internen Ideenwettbewerb das Know-how der Mitarbeiterinnen zu nutzen wusste. Reflexions- und Dia-

logkompetenz sind strategische Stärken der Zivilgesellschaft gegenüber den autoritären Rechten.

Idealismus hochdosiert

Das unscheinbare Wort „sollte“ ist ein ebenso häufiges wie toxisches Wort in progressiven Debatten. Man sollte mit Binnen-I schreiben, Menschen mit dunkler Hautfarbe nicht nach ihrer Herkunft fragen und bildungsferne Schichten über die Gefahren des Nationalismus aufklären.

In postmaterialistischen Kreisen, wo SUV und fettes Gehalt nicht beeindruckend, dient die bessere Moral als Distinktionsgewinn. Diese Überlegenheitsrhetorik nervt Tischgesellschaften ebenso wie Wählerinnen. Ist das Wort „bildungsfern“ nicht schon subtil abwertend? Überdosierte deale und Ansprüche schwächen. Die Gegenwart mit einem auf die Zukunft gerichteten moralischen Ideal abzugleichen, erzeugt einen Terror des Solls. Umstellt von vielen Solls rührt sich das überforderte Individuum dann nicht vom Fleck. Natürlich brauchen wir Moral und Ideale. Allerdings in einer Form, die zum Handeln hin- und nicht wegführt. Wie das geht? Die Lösung ist schon da, zum Beispiel in den Handlungsmustern jener Menschen, die in harten Berufsfeldern wie Hospiz oder Katastrophenhilfe idealistisch agieren und sich dennoch ihre Lebensfreude bewahren. Sie reden nicht lang sondern leisten ihren abgegrenzten Beitrag. Sie entwickeln eine Art der weisen Resignation gegenüber Dingen, die sie aktuell nicht ändern können. Dadurch gewinnt ihr Handeln an Kraft. *Nur der Einverständene hat Chancen, die Welt zu verändern* – meinte einmal Walter Benjamin.

Brüchige Solidarität

In der Abwehr des eigenen Ohnmachtsgefühls wird im links-liberalen Lager eher der nächste Freund als der politische Geg-



Illustration: P.M. Hoffmann



Alarmistische Kommunikationsmuster haben in der aktuellen politischen Situation beachtliche Nebenfolgen.

ner bekämpft. Auch hat der Fokus auf spezifische Politikfelder wie Antirassismus, Antisexismus oder Inklusion von Menschen mit Behinderungen das identitätspolitisch Verschiedene vor das zivilgesellschaftlich Gemeinsame gestellt. „Solidarität bedeutet, den Konflikt innerhalb der Solidargemeinschaft auszuhalten. Und davor scheut die Linke bislang zurück ...“ meinte der Historiker Thomas Walach vor einiger Zeit im Falter. Abscheulich waren die Attacken von Regierungsvertretern auf geflüchtete Menschen und die „Asylindustrie“ – befremdlich aber auch die sehr dünne Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft mit jenen Non-Profit-Organisationen, die die Regierung ins Visier genommen hat. Da waren dann manchen die eigenen Dienstleistungsaufträge näher und mancher schieg in vorauseilendem Gehorsam. Doch eine antisolidarische Zivilgesellschaft ist kein ernsthafter Gegner für die Mächtigen und wird es auch in Zukunft nicht sein. Eine solidarische vielleicht schon.

„Es-wird-alles-schlimmer“ Syndrom

„I have a dream“ das war die Schlüsselphrase in Martin Luther Kings berühmter Rede. Wäre diese Rede auch mit „Liebe Leute, ich habe einen Alptraum: Die Rassen werden gewinnen!“ berühmt geworden? Wohl kaum.

Doch hierzulande agieren wir gerne im Alptraummodus. „Die Regierung gestaltet einen Staatsstreich in Zeitlupe gegen die Zivilgesellschaft“ meinte Peter Turrini einmal im Standard. „Hunderttausende Kinder sterben im Sudan!“ „Die Klimakatastrophe gefährdet das Überleben der Menschheit!“ rufen uns die Alarmabteilungen der NGOs zu. Alarmistische Kommunikationsmuster haben in der aktuellen politischen Situation beachtliche Nebenfolgen, wie Mathias Horx einmal anmerkte: In die anschwellende Gewissheit, dass die Welt ein Pfuhl der Unsicherheit und Ungerechtigkeit ist, treten nun die neuen Rechten mit höhnisch einfachen Botschaften. Ein elitärer Pessimismus zerstöre, so Horx, konstruktive Zukunftsdiskurse und provoziere auch damit Ablehnung, da er von einer Warte moralischer Überlegenheit formuliert werde. Das „Es-wird-alles-schlimmer-Syndrom“ stiftet zwar wohligh-schaurige Gemeinschaft im eigenen Milieu, schwächt aber langfristig. Bilder des

Unglücks anzuhäufen, ohne die Mittel zur Überwindung anzugeben, lähmt.

Wie wäre es, von Zukunft zu sprechen, ohne gleich vor ihr zu warnen? Die Welt wird ja nicht immer schlechter, sondern auch da und dort besser, wie so manche Studie nachweist. Ja, jedes verhungerte Kind ist eine Schande – und die Kindersterblichkeit ist auf einem historischen Tiefstand. Und „Staatsstreich durch die Bundesregierung“ – Herr Turrini, war das nun doch nicht etwas zu dramatisch?

Wir brauchen Mut und europäisches Denken in Dekaden. So wie es Othmar Hill einmal gewagt hat: „Wie wäre es, wenn in den nächsten 30 Jahren so zirka 200 Millionen Menschen aus Afrika zu uns nach Europa eingeladen werden, um Bildung und Ausbildung zu erhalten, samt der Rückkehr-Option für 120 Millionen von ihnen. Aus Europa müssten jährlich wenigstens drei Millionen Pensionierte für ein paar Monate für die Know-how-Aufrüstung am Schwarzen Kontinent entsandt werden: so etwas

JENSEITS DER MOBILISIERUNG VON ANGST HAT DIE NATIONALISTISCHE RECHTE WENIG ANZUBIETEN.

wie Teilzeit-Entwicklungshilfe.“ Verrückt, naiv? Natürlich. Aber aus Hundert solcher schräger Ideen entsteht irgendwann eine tragfähige Lösung.

Zuversicht ist in unsicheren Zeiten eine vitale Ressource. Ohne Zuversicht keine Liebe, keine Elternschaft, keine mutigen sozialen Innovationen. Jenseits der Mobilisierung von Angst hat die nationalistische Rechte hier wenig anzubieten. Zivilgesellschaftliche Vitalität könnte also auch heißen: Sich dem grassierenden Mythos der Negativität verweigern. In internen Diskursen ebenso wie nach außen. Der hysterischen medialen Angstproduktion und dem destruktiven populistischen Pessimismus künftig mehr Zuversicht, Vertrauen und Gelassenheit entgegensetzen. I have a dream ...

Martin Gössler ist systemischer Berater und Trainer. Er ist mit seinem Team von Vielfarben auf Personal- und Organisationsentwicklung von Non-Profit-Organisationen spezialisiert. www.vielfarben.at



Foto: Florian Albert

DIE STRATEGIE DES „STRONG MAN“

Eineinhalb Jahre regierte Schwarzblau mit Message Control, Framing und perfekt akkordiertem Wording. Yussi Pick, Kampagnen- und Politikberater über die Strategien der Regierung Kurz, über Medien, die den Spin übernahmen und die Frage, warum der Opposition dieser Spin nicht gelang.

Interview: Alexander Pollak

Das Ende der schwarzblauen Koalition kam überraschend, wurde doch eineinhalb Jahre lang Harmonie vorgelebt. Ein Hinweis darauf, wie perfekt sich diese Regierung inszenierte?

Jedenfalls. Und ich will die Medien nicht aus der Verantwortung lassen: Die Inszenierung hat ja nur funktioniert, weil Medien mehr oder weniger den Spin des „Hier wird gearbeitet, nicht gestritten“ übernommen haben – bis zuletzt. Noch am Freitag Abend haben Medien den ÖVP Spin „Kurz weiß genau, was zu tun ist“ übernommen – viele Stunden Warten später war klar, dass ihm das überhaupt nicht klar war.

Wie beurteilen Sie den Presseauftritt von Kanzler Sebastian Kurz, als er Neuwahlen verkündete, vor allem aber von sich selbst sprach: Er stehe für Stabilität und sei Garant für das Wohl Österreichs. War das die Fortsetzung der Performance des „Strong Man“, wie Kurz sie pflegt?

Besser für's Strong Man Image wäre es gewesen, nicht erst um 19:45 Uhr, sondern schon um 13 Uhr an die Öffentlichkeit zu treten – mit einem klaren Symbol, alles – vor allem die FPÖ – unter Kontrolle zu ha-

ben. Dieses klare Symbol wäre der Abtritt von Herbert Kickl gewesen. Das war aber natürlich auch die Sollbruchstelle für die FPÖ – so ein Akt wäre die ultimative Demütigung gewesen. Die Neuwahlansage war also sicher nicht Kurz' erste Wahl, dafür hat er aus der Not eine Tugend gemacht und ist zur besten Sendezeit des Landes nicht als Kanzler, sondern als Parteivorsitzender mit einer Wahlkampfrede vor eine Million Menschen getreten.

**MEDIEN ÜBERNAHMEN
BIS ZULETZT DEN SPIN:
HIER WIRD GEARBEITET,
NICHT GESTRITTEN.**

Nach den Zustimmungswerten hat diese Regierung kommunikativ gesehen aber einiges richtig gemacht. Wie ist das gelungen?

Das, was als die Magie des Sebastian Kurz angesehen wird, ist relativ banal. Vor einigen Monaten sind die Strategie-Papiere geleakt worden, die vor der Wahl geschrieben worden waren. Da zeigt sich: man braucht sich nur an ein paar klare Kommunikationsregeln zu halten, um erfolgreich zu sein:

etwa, sich eine Positionierung zu erarbeiten und diese konsequent durchzuziehen. Und es braucht Wiederholung, Wiederholung und Wiederholung. Das haben Kurz und die ÖVP konsequent eingehalten.

Erstaunlich ist, dass die Konkurrenz das nicht schafft. Wenn es so einfache Regeln sind, warum tun sich etwa die Sozialdemokraten so schwer, diese genauso gut zu befolgen wie Kurz und sein Team?

Die SPÖ wäre sich schon bewusst, dass das der richtige Weg ist, nur gibt es keine klare Positionierung zu den Themen. Es gibt Querschüsse aus dem Burgenland. Die Neos sind etwas stringenter, ihre Botschaften sind aber nicht so populär, zudem haben sie den Kampf zwischen sozial- und wirtschaftsliberalem Flügel.

Was braucht man noch für eine erfolgreiche Performance, die auch Kurz und sein Team mitgebracht haben?

Man braucht eine klare Positionierung, das hinzukriegen war die Kunst von Kurz. Seine frühere Linie als Integrationsstaatssekretär passt ja nicht so gut zu der als Bundeskanzler. Das hat er wettgemacht. Sein flip-flop-

ping, wie die Amerikaner sagen, hat ihm auch niemand ernsthaft vorgehalten. Man braucht eine klare Botschaft. Darüber hinaus versteht es die Regierung extrem gut, die Schwäche der derzeitigen Medienlandschaft auszunutzen. Die Redaktionen sind unterfinanziert und unterbesetzt, damit ist es einfacher, Geschichten unterzubringen. Je besser diese vorbereitet sind, desto weniger müssen JournalistInnen recherchieren. Den Redaktionen steht in den Ministerien eine Horde an PressersprecherInnen und Social-Media-Content-ProduzentInnen gegenüber, die die Newsroom-Strategie produzieren. Ein Beispiel: Vor einem Jahr war der Justizminister ein paar Wochen krank, die ÖVP hatte zu seiner Rückkehr ein Video produziert, in dem er von ÖVP-Sprecher Peter L. Eppinger interviewt wird. „Heute“ druckte das Video dann original ab, als hätte man es selbst gemacht. Es gab nur einen kleinen Hinweis, dass das ein ÖVP-Video ist. Die Regierung ist gut darin, es den JournalistInnen es einfach zu machen.

Klingt simpel, warum schafft das die Opposition nicht?

Die Opposition macht es in einigen Dingen ähnlich wie die Regierung, etwa mit dem Kontrast-Blog, der SPÖ-Inhalten gut verpackt Reichweite verschafft. Hier werden Videos und Inhalte produziert, man erreicht 200.000 Fans auf Facebook. Zum Teil ist aber die SPÖ-Zentrale im Vergleich mit der Content-Produktion der Regierung ausgedünnt, auch in der Kommunikation.

Man hat auch den Eindruck, dass gerade die Themen populär sind, bei denen es Feindbilder gibt, wo man Menschen gegeneinander ausspielen kann. Wie wichtig war und ist das?

Donald Trump, bei dem das noch etwas offensichtlicher ist, behauptet seit seinem Antritt 2015, dass er eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen will. Tatsächlich ist es ihm aber kein Anliegen. Wichtig ist ihm aber nur, möglichst oft und bei jeder Gelegenheit zu sagen, dass er eine Mauer bauen möchte. Das ist es, was seine Basis mobilisiert. Dass der Kongress gegen den nationalen Notstand mobil macht, ist ihm so gesehen nur recht. Man hört, dass der Slogan seiner Wiederwahl-Kampagne sein wird: Finish the Wall. Das ist aus kommunikativer Sicht ein richtiger nächster



Donald Trump, behauptet seit 2015, dass er eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen will. Tatsächlich ist es ihm aber kein Anliegen. Wichtig ist ihm nur, das möglichst oft zu sagen. Das mobilisiert seine Basis.

Schritt. Auch die österreichische Bundesregierung hat Themen, wo sie keine politischen Handlungen setzt, sondern immer nur Forderungen aufstellt. Ein Kopftuchverbot hier, dann ein Kopftuchverbot dort. Damit kann man sich als „Strong Man“ positionieren, der eine klare, harte Linie fährt. Das politische Handeln ist hier also weniger wichtig als das politische Fordern.

DIE SPÖ-ZENTRALE IST IM VERGLEICH ZUR CONTENT-PRODUKTION DER REGIERUNG AUSGEDÜNNT.

Die Strategie des „Strong Man“ und der Feindbilder scheint ein nahezu unschlagbares Konzept zu sein. Sie haben die Obama-Kampagne begleitet, wurde da auch mit Feindbildern gearbeitet, oder gibt es auch Strategien, die ohne Sündenböcke erfolgreich sein können?

Sowohl Obama wie auch Hillary Clinton haben das versucht und waren erfolgreich, Clinton hatte drei Millionen Stimmen

mehr als Trump. Bei Obama war der Slogan „Yes we can.“ und die Werte Hope and Change, bei Clinton war es „Stronger Together“, auch wenn das nicht so eindrücklich war. Ich war bei der Clinton-Kampagne im Hauptquartier und habe noch nie in so einem diversen, vielfältigen Umfeld gearbeitet, wo so viele unterschiedliche Perspektiven zusammengefloßen sind. Wenn man sich die demokratischen WählerInnen ansieht, dann kann man nur mit einer inklusiven Botschaft gewinnen. Da muss die weiße College-Studentin aus gutem Hause genauso demokratisch wählen wie der afroamerikanische Arbeiter aus Detroit wie auch eine Küchenfachkraft aus New York. Hier braucht man eine viel breitere Basis. Damit fällt es auch schwerer, gegen eine andere Gruppe zu agitieren.

Lässt sich das auch auf Österreich umlegen? Lässt sich eine Kommunikationsstrategie durchbrechen, die immer wieder Flüchtlinge und das Kopftuch ins Spiel bringt?



baut, die Sebastian Kurz sehr gut nutzte. Er machte das, was man in der Kommunikationsforschung als „Priming“ bezeichnet. Sein Team hat erkannt, dass es abseits der Migrationsfrage ein zweites wichtiges Thema in der Gesellschaft gibt, mit dem man punkten kann, und zwar das, dass gut gearbeitet wird. Das ist die seltener erzählte Geschichte zur Nationalratswahl 2017, dass es nicht nur um Migration ging, sondern auch um das Thema „Genug gestritten“.

Wenn man an die Schilder-Aktion des Innenministers, der die Erstaufnahmestellen in „Ausreisezentrum“ umbenannte, denkt. Oder an die Kürzung der Sozialhilfe, die die Regierung als „Arbeitsqualifikationsbonus“ bezeichnet. Hat diese Regierung kommunikativ die Grenzen zwischen Information und Propaganda verschoben?

Ich glaube schon, dass Konservative besser und skrupelloser darin sind, Institutionen zu nutzen, um ihren Machterhalt zu sichern. Das betrifft einerseits das Fra-

WICHTIG IST, NICHT AUF FAKE NEWS EINZUGEHEN, UM IHNEN KEINE LEGITIMATION ZU VERLEIHEN.

Auch wenn solche Themen eine Mehrheit gut findet, ist das in Zahlen betrachtet nicht so dramatisch. Das Problem ist vielmehr, dass sich die Minderheit, die nicht auf Sündenbockstrategien anspricht, in jüngster Zeit kleiner angefühlt hat als sie war, weil die Regierung ihr Agenda Setting so erfolgreich betrieb. Die Opposition ist hingegen zu sehr mit sich selbst beschäftigt und wurde nun kalt erwischt.

Warum gelang der Regierung vor Schwarz-Blau kein erfolgreiches Agenda Setting?

Die letzte große Koalition funktionierte aus einer spieltheoretischen Sicht anders als die jetzige Regierung: Wenn die schwarz-blaue Regierung öffentlich streitet, verlieren beide Parteien. In der rot-schwarzen Vorgängerregierung hingegen erhoffte sich bei einem Streit eine Partei mehr Vorteile als die andere. Der Opposition gelang es damals hervorragend, die Arbeit der Regierung mit Stillstand zu verbinden, obwohl das objektiv nicht stimmt, da ist einiges weitergegangen. Es wurde eine Stillstands-Stimmung aufge-

ming von politischen Kampfbegriffen, wo das Arsenal durchaus ausgeschöpft wird. Oder man denke jüngst an die EU-Wahl, für die keine Informationen zur Briefwahl verschickt wurden. In den USA hat Donald Trump die Behörde VOICE (Victims of Immigration Crime Engagement Office, Anm.) eingerichtet, die ausschließlich dazu dient, Verbrechen von Menschen ohne Papiere zu dokumentieren. Auch ein Beispiel dafür, wie Institutionen für das politische Agenda Setting genutzt werden können. In Österreich gibt es mehrere Beispiele dafür, man denke an die ORF-Gebührendiskussion oder den Umbau der Statistik Austria. Hier merkt man, wie demokratische Grundfeste so umgebaut, dass sie zu Werkzeugen der Regierung werden.

Social Media spielen in der Politik eine wichtige Rolle. Weiß man eigentlich, wer twittert, wenn ein Tweet von Trump oder Kurz kommt? Geht das durch den Filter von BeraterInnen oder wird direkt kommuniziert?

Bei Trump kann man es sagen: Wenn es von einem Android Handy getwittert wird, kommt es von Trump selbst, von einem iPhone stammt es von einem Berater. Trump weiß nicht, wie man Threads auf Twitter macht, bei mehreren Tweets untereinander sind jene von Trump nicht verlinkt, die von seinem Berater hingegen schon. Bei der Clinton-Kampagne war es so, dass sie keine Tweets selbst geschrieben hat, ihr wurden aber alle vorgelegt die mit „-H“ gekennzeichnet waren und sie hat sie freigegeben. Das ist eine Stilfrage, Michel Reimon twittert wahrscheinlich zu 90 Prozent selbst, während Kurz eher nicht selbst twittert. Aber tendenziell weiß er, was in seinem Namen veröffentlicht wird und seine BeraterInnen wissen, was über seinen Namen laufen soll.

Durch die sozialen Medien ist es auch der Zivilgesellschaft, auch NGOs leichter möglich, Botschaften zu verbreiten. Wie aber kann sie agieren, ohne sich in ständiger Kritik festzufahren?

Ich denke, SOS Mitmensch zeigt einen Weg vor, wie man es gut machen kann: sehr präsent zu sein bei bestimmten Themen. Einerseits auf einer faktischen Ebene mit Berichten, die objektiv gestaltet sind, andererseits aktionistisch aufzutreten um die Emotion der Menschen abzuholen und damit Reichweite zu generieren.

Gibt es Tipps des Kommunikationsberaters, wie man mit gezielt gesetzten Themen oder Fake News umgehen kann?

Wichtig ist, nicht auf Fake News einzugehen, um ihnen nicht mehr Legitimation zu verleihen. Sonst kann es beim Medienverhalten zu einem abwägen kommen, wer nun recht hat. Ingrid Brodnig erzählt oft von jemandem, der gesagt hat: „Man muss fast neben normalen Medien auch Websites wie unzensuriert.at lesen, um sich ein vollständiges Bild zu machen.“ Als würde die Wahrheit in der Mitte liegen – das ist natürlich völlig falsch. Wichtig ist, eigene und auch positive Botschaften zu verbreiten. Solange man sich auf das Spielfeld eines anderen konzentriert, muss einem bewusst sein, dass man sich immer noch auf dessen Regelwerk einlässt. Auch die Quellensicherheit ist enorm wichtig. Wer Fake News bekämpfen will, muss sich auf seine eigenen Informationen verlassen können.

MÄNNER GLAUBEN, SIE HABEN MEHR ZU SAGEN

Anfang Mai kamen in ganz Europa 17.000 Menschen zusammen, um über Themen zu diskutieren, die ihnen unter den Nägeln brennen. Am Projekt „Europa spricht“ war auch Der Standard beteiligt.

Text: Anna Karrer

Es herrscht eine Zeit von Extremen“, sagt Zsolt Wilhelm, Redakteur der Tageszeitung Der Standard, im Gespräch. Er ortet nicht nur „extreme Bilder“, sondern glaubt zudem: „Wie Politiker heute miteinander reden, wäre vor zehn Jahre nicht vorstellbar gewesen.“ Dass die Hemmschwelle sinkt, sei auch und besonders gut in den sozialen Medien erkennbar. Deshalb, so Wilhelm, müssen wir als Medium „uns und unsere Arbeit kritisch hinterfragen und überlegen, wie wir eine angemessene Streitkultur schaffen können. Das Moderieren von Foren ist dafür ein gutes Beispiel. Wir investieren viel in die Debattenkultur, ‚Europa spricht‘ war dafür ein gutes Projekt.“

Raus aus der eigenen Blase

Während der Politik gerne vorgeworfen wird, den Kontakt zu den BürgerInnen verloren zu haben, lautet die Kritik an den Medien, dass sie sich zu sehr in ihrer eigenen Blase bewegen. Was liegt also näher für eine Zeitung, rauszugehen und in einer Aktion

unterschiedliche Menschen zusammenzubringen, diskutieren zu lassen und dann darüber zu berichten. „Europa spricht“ ist so eine Aktion. Am 11. Mai fanden mehr als 17.000 Menschen europaweit zum Meinungsaustausch zusammen. Neben mehr als einem Dutzend europäischer Zeitungen

WIE POLITIKER HEUTE MITEINANDER REDEN, WÄRE VOR 10 JAHREN NICHT VORSTELLBAR GEWESEN.

nahm auch Der Standard am Projekt teil. Erklärtes Ziel ist es, die Meinungsvielfalt in Europa zu stärken und den Austausch zu fördern.

Hintergrund des Projekts ist freilich auch eine grundsätzlich gereizte Stimmung in Europa, Stichwort Brexit, Fake News, Shit Storms und die Stimmzugewinne rechtspopulistischer Parteien. Auf die Frage, ob Menschen mit unterschiedlichen Meinungen überhaupt noch reden wollen



und wir in Europa noch über so etwas wie eine Streitkultur verfügen, zeigt sich Projektleiter Wilhelm optimistisch. „Ich glaube, dass Leute noch fähig sind zu diskutieren und sie nicht einfach den Kopf in den Sand stecken.“ Aber auch die Medien selbst seien gefragt, auf die Entwicklungen zu reagieren. Also hatte bereits 2017 die Online-Redaktion der Zeit in Deutschland gemeinsam mit internationalen Medien „My Country Talks“ gestartet. Man wollte BürgerInnen ein Forum geben, um konstruktiv über Politik und Leben zu diskutieren. Zwei Jahre später expandierte man, nun sprach ganz Europa miteinander. Mit von der Partie waren nun u.a. die Financial Times, La Repubblica, arte.tv und eben Der Standard. Zsolt Wilhelm betont, dass es jedem Medium freigestanden sei, teilzunehmen, auch andere österreichische Medien hätten sich bewerben können. „Wir wollten das Projekt allein machen, weil es leichter ist, in einem kleinen Rahmen so ein Projekt zu gestalten. Je mehr Medien, desto mehr Aufwand.“



Anreize“ schafft, skeptisch gegenüber. Migration, Flucht und Armut fehlten als Thema wohl kaum bei einer der zahlreichen Begegnungen. Das Gespräch zwischen Jorge und Mario ist übrigens, so wie auch andere, online im Standard nachzulesen.

Für Wilhelm war das Ziel des Projektes, Menschen abseits medialer Debatten zusammenzuführen. „Es geht darum, Menschen aus verschiedenen Ländern mit verschiedenen Ansichten an einen Tisch zu setzen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in Ruhe in persönlichen Gesprächen und außerhalb der eigenen Meinungsblase zu diskutieren.“ Der Gesprächsrahmen war völlig offen, um politische Stimmungsmache ging es dabei nicht, betont Wilhelm. „Wir möchten die Meinungsvielfalt stärken und wir haben auch sehr viele Meinungen in der Community. Deshalb passt das Projekt gut zu uns.“

Querschnitt schwer zu erreichen

Nun bildet die lachsfarbene Tageszeitung als Qualitätsmedium eher nicht den gesamten Querschnitt der österreichischen Bevölkerung ab. Das beurteilt auch Wilhelm realistisch: „Uns ist bewusst, dass eine Zeitung, die ein Projekt wie ‚Europa spricht‘ bewirbt, vor allem die eigenen LeserInnen anspricht. Jedoch haben wir die sozialen Medien genutzt, um Zielgruppen zu erreichen, die ansonsten den Standard nicht lesen. Eine repräsentative Mischung an Leuten zu erreichen ist sehr schwer, weil wir ja nicht aktiv nach Menschen suchen, sondern sich jeder Interessierte anmelden kann.“ Dennoch habe man etwa bei der Aktion „Österreich spricht“ die unterschiedlichsten Hintergründe versammeln können, von der Lehrerin über den Arbeiter bis hin zu Pensionisten. „Aber auch hier waren es mehrheitlich Männer, die teilgenommen haben“, so Wilhelm. Damals hatten fast 2.800 Menschen aus Österreich teilgenommen, mehr als zwei Drittel davon waren männlich. Das Durchschnittsalter betrug 40 Jahre. Den hohen Anteil an Männern erklärt sich Wilhelm so: „Bei vielen Onlinemedien und Foren kommentieren mehrheitlich Männer. Warum das so ist, weiß ich nicht, ich bin kein Soziologe. Aber ich glaube, dass Männer vielleicht das Gefühl haben, dass sie mehr zu sagen haben und Frauen zurückhaltender sind. Wir haben versucht, gezielt Frauen anzusprechen, das hat aber nicht so gut funktioniert. Es scheint so, als wären Männer einfach redefreudiger.“

Die Frage, ob sich die Erwartungen an das Projekt „Europa spricht“ erfüllt hätten, bejaht Wilhelm entschieden. Im Europavergleich sei die Zahl der österreichischen TeilnehmerInnen sogar überproportional hoch gewesen. „Das Interesse an einem europaübergreifenden Meinungsaustausch in Österreich ist definitiv gegeben.“

Anna Karrer hat einen Bachelorabschluss in Anglistik und Amerikanistik sowie einen Masterabschluss in Medien. Aktuell arbeitet sie als Marketingmitarbeiterin in einem privaten Bildungsinstitut.

Zsolt Wilhelm, Redakteur des Standard und Projektleiter von „Europa spricht“: „Ich glaube, die Leute sind noch fähig, zu diskutieren.“

Sieben aktuelle Frage

Das Prinzip von „Europa spricht“ ist einfach: Jede volljährige Person konnte sich europaweit online anmelden, Englischkenntnisse waren nicht von Nachteil. Danach folgten sieben brisante Fragen, die die BewerberInnen mit Ja oder Nein beantworten mussten. U.a.: Würden Sie Ihren Reisepass gegen einen europäischen Pass tauschen? Sollten reichere europäische Länder ärmere europäische Länder unterstützen? Gibt es zu viele ImmigrantInnen in Europa? Sollten europäische Länder die Steuern für Treibstoff erhöhen, um das Klima zu schützen? Ein Algorithmus würfelte KandidatInnen zusammen, die konträre Ansichten vertreten und in einem Nachbarland leben. Am 11. Mai begegnete man sich dann. Dann traf zum Beispiel der Ingenieur Jorge aus Stuttgart auf den Mechaniker Mario aus Vorarlberg. Dabei konnte es sehr grundsätzlich werden. Der eine glaubt an die soziale Marktwirtschaft, der andere steht einem System, das „nur über Geld

Partizipation über digitale Tools

Welche Rolle aber kommt den Medien bei der vielzitierten partizipativen Demokratie zu? Wilhelm sieht kritische Medien gefragt: „Sie spielen eine wesentliche Rolle in Demokratien. Es ist wichtig, kritisch zu hinterfragen, auch größere Zusammenhänge zu erklären. Dabei sprechen wir nicht von Leserbindung, sondern von unserem demokratischen Auftrag.“ Digitale Tools wie Foren oder soziale Medien seien dafür wichtige Hilfsmittel. „Solange man ein

WIR SPRECHEN NICHT VON LESERBINDUNG, SONDERN VON UNSEREM DEMOKRATISCHEN AUFTRAG.

moderiertes Forum betreibt, fördert man den Diskurs zwischen LeserInnen und leistet somit einen positiven Beitrag. Schwierig wird es, wenn Tools unmoderiert sind, wie zum Beispiel soziale Medien wie Twitter und Instagram.“ Denn das Werkzeug sei per se ja neutral, doch wer es benützt, müsse sich der Wirkung bewusst sein. Deshalb investiere der Standard einiges in die Forenbetreuung. Mehr als ein Dutzend BetreuerInnen seien am Werk.

SCHAMLOSE NORMALISIERUNG

Die geplatzte Regierung setzte auf verbale Ausgrenzung und Untergriffe und war damit erfolgreich. Ein Konzept, das wohl noch nicht ausgedient hat. Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak über Stil und Inhalt dieser Politik.

*Interview: Zoran Sergievski
Fotos: Karin Wasner*

Beginnen wir mit der Gretchenfrage: Muss ich als Demokrat, als Journalist, mit ‚Identitären‘ reden?

Wenn Sie etwas über diese Gruppe anhand eines Interviews erfahren wollen: sicher. Warum nicht?

Nun heißt es über ‚Identitäre‘ aber, sie wollen den Diskurs zerstören.

Da geht es um unterschiedliche Aspekte. Wollen diese Leute tatsächlich interviewt werden? Ich denke ja, weil sie sind, wenn man das so salopp formulieren darf, ‚mediengeil‘. Insofern kann ich mir nicht vorstellen, dass in einem solchen Fall der Diskurs zerstört würde.

Der andere Fall beträfe eine Diskussion mit TeilnehmerInnen, in der sie vielleicht kritisiert würden oder Position beziehen müssten, also einen sachlichen Dialog führen müssten. Wenn das, was Sie meinen, stimmt, würden manche Identitäre dann eher nicht auf Argumente eingehen, nicht wirklich zuhören, oft unterbrechen, Trugschlüsse verwenden, und Höflichkeitskonventionen durchbrechen. Da gibt es viele Möglichkeiten.

Ende April sagte Ex-Vizekanzler Strache, ‚der große Austausch‘ sei ein ‚Begriff der

Realität‘. Dabei ist es die zentrale Verschwörungstheorie der ‚Identitären‘. Die Neos übernahmen die Phrase augenzwinkernd, Stichwort ERASMUS. Was wird sich durchsetzen: die Normalisierung oder die Umdeutung?

Austauschen kann man natürlich vieles. Man kann Bücher in der Bibliothek austauschen, es gibt Studentenaustausch. Der Begriff ‚Bevölkerungsaustausch‘ betrifft aber nicht nur den Gebrauch in der Programmatik der Identitären, sondern er geht zu-

DER BEGRIFF BEVÖLKERUNGS-AUSTAUSCH GEHT AUF DEN NS-BEGRIFF UMWOLKUNG ZURÜCK.

rück auf NS-Propaganda, ein Euphemismus für ‚Umwolkung‘, wodurch damals unterstellt wurde, Juden würden das deutsche Volk ‚unterwandern, zersetzen‘, usw. Die Begriffe ‚Umwolkung‘ und ‚Überfremdung‘ stehen mit ‚Bevölkerungsaustausch‘ in der Verschwörungstheorie der ‚Identitären‘ in einem intertextuellen Zusammenhang. Es geht bei Letzteren vor allem um Angst vor dem Islam und um Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten, um ein Bedrohungsszenario, das bewusst propagiert wird. Es wird

behauptet, diese Menschen würden unsere Kultur, unser Land, Europa insgesamt demographisch komplett verändern, aus der weißen christlichen Mehrheit würde also eine Minderheit. Und dies würde von jemanden manipuliert, beispielsweise wird der ungarisch-jüdische Philantrop George Soros in diesem Zusammenhang genannt – ein bekanntes antisemitisches Stereotyp, nämlich jenes der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ wird angesprochen! Ähnliches kommt von Viktor Orbán. In Ungarn stellt sich die Situation allerdings anders dar: es gibt kaum Einwanderung nach Ungarn, sondern hunderttausende junge Ungarn wandern aus. Wenn man also keine Einwanderung will, müsste man die eigenen jungen Menschen durch bessere Lebensperspektiven im Land halten, um einem Rückgang der Bevölkerung gegenzusteuern. Dabei muss man betonen, dass es hier um mindestens zwei Definitionen für ‚Bevölkerung‘ geht; einerseits mittels Staatsbürgerschaft definiert, also staatsnational; andererseits wie bei den Identitären, kulturalnational gedacht, also eine ethnische Definition. Es handelt sich beim Letzteren um die Imagination eines homogenen ‚Volkes‘, das es so natürlich nicht gibt und niemals gegeben hat.



Bei den Herabwürdigungen der FPÖ vermisste man von Kanzler Kurz oft eine deutliche Distanzierung. Was sagt das generell über den ‚neuen Stil‘, den Kurz gerne betont?

Kurz wurde fast täglich mit so genannten Einzelfällen konfrontiert, die natürlich keine Einzelfälle sind, sondern ein systematisches Muster ergeben. Dieses Muster weist auf die Agenda der FPÖ hin, die u.a. im ‚Handbuch freiheitlicher Politik‘ aufgelistet sind. Eine ausgrenzende, nativistische Politik, eine anachronistische Haltung zu Geschlechterrollen. Es gibt viele inhaltliche Elemente, die man auch bei Le Pen und der US-amerikanischen Alt-Right findet.

Wenn der Kanzler die sogenannten ‚roten Linien‘ immer wieder beschwört, die sich aber ständig verschieben, müsste er letztlich den Gesamtzusammenhang ablehnen. Damit müsste er aber die Programmatik dieser Partei ablehnen, mit der er ja 2017 eine Regierungskoalition eingegangen ist.

Im Essay „Schamlose Normalisierung“ haben Sie 2018 aufgezeigt, wie die ÖVP rechtspopulistische Positionen im Wahlkampf salonfähig macht. Ist das etwas, das sich in der Regierungsrhetorik fortgesetzt hat?

Damals ging es darum, einen von vielen akzeptierten Sündenbock zu schaffen, nämlich die sogenannten „illegalen Migranten“. In der Wissenschaft spricht man aber von ‚irregular migrants‘, von irregulären Migranten. Das negativ konnotierte Attribut ‚illegal‘ suchen Sie etwa im globalen Migrationspakt vergeblich. Der Nationalratswahlkampf baute aber genau auf diesem Bedrohungsszenario auf: Schließung der Balkanroute, Verhinderung illegaler Migration, Grenzsicherung; dass man diese ‚Bedrohung‘ abwenden und Österreich schützen wird. In dieser Rhetorik ist viel von der FPÖ übernommen worden.

Es wird spannend, wie sich dieser Diskurs weiterentwickelt. Zuletzt gab es immer mehr Kritik, auch von renommierten internationalen Medien. Auf die Dauer führt das sicherlich zu einem Druck auf die ÖVP, weil diese doch stark international ausgerichtet ist. Andererseits lässt sich mit einer solchen Symbolpolitik von anderen, komplexen Herausforderungen und politischen Inhalten ablenken.

Sind unsere Medien zu nett zu Kurz?

Ob das nett oder nicht nett ist, kann und



Wodak: „Wir wissen, dass es ein Bedürfnis von Menschen gibt, zu kommunizieren.“

will ich so nicht beurteilen. Aber es ist offensichtlich, dass kritische Auseinandersetzungen nicht erwünscht sind. Ich erinnere mich an eine ‚Im Zentrum‘-Diskussion, wo der Falter als ‚linksextrem‘ bezeichnet wurde; die Verortung als ‚links‘ – ähnlich wie in den USA der Begriff ‚liberal‘ – wird immer mehr negativ konnotiert. Anstatt sich auf eine sachliche Diskussion einzulassen, wer-

WIR LEBEN IN EINER ZEIT DER UMBENENNUNGEN, DER STRATEGISCHEN UNWAHRHEITEN.

den ad hominem Argumente eingebracht. Damit wird Kritik einfach weggewischt. Das geht bei internationalen Medien wahrscheinlich nicht ganz so einfach.

Welche Sprachbilder sind besonders ‚schamlos‘?

Was meine ich mit ‚schamlos‘? Früher kam es noch zu Rückziehern, nach sogenannten Sagnern. Etwa in Form der typischen Haider’schen Entschuldigungen, wie ‚Eigentlich *muss* ich mich entschuldigen, *aber*‘. Damit hatte sich Haider zwar formal entschuldigt, dennoch gleichzeitig signalisiert, dass er dazu gezwungen wurde. Wir bezeichnen diese Strategie als ‚kalkulierte Ambivalenz‘. Sogar solche Rückzieher vermisste ich bei der heutigen FPÖ. Es gibt sie nur, wenn die gesetzlich festgelegte rote Li-

nie überschritten wird, also bei Antisemitismus, Holocaust-Leugnung, beim ‚Ratengedicht‘ und beim ‚Nazi-Liederbuch‘. Dann kann es auch zu einem Rücktritt eines Politikers kommen, aber es kann auch später zum Rücktritt vom Rücktritt kommen, wenn man etwa an Udo Landbauer denkt. Traditionelle Konventionen des Dialogs, der Argumentation, und der Höflichkeit gelten häufig nicht mehr. Mächtige Menschen dürfen sich kommunikativ vieles erlauben, was früher negativ sanktioniert wurde. Man denke etwa an Donald Trumps vielfache Entgleisungen.

Was wäre ein konkretes Beispiel für diese Sprachbilder?

Wir leben in einer Zeit der Umbenennungen, der strategischen Unwahrheiten und zynischen Euphemismen, beispielsweise die Umbenennung vom Aufnahmezentrum in ‚Ausreisezentrum‘. Dieser Zynismus, der darin besteht, dass Menschen, die flüchten müssen und um ihr Leben fürchten, dann endlich in Sicherheit ankommen und lesen: Reisen Sie wieder aus, noch dazu freiwillig. Man will also niemanden aufnehmen. Aber den Begriff ‚Abschiebezentrum‘ konnte man doch nicht einfach verwenden. Also greift man stattdessen zum Euphemismus ‚Ausreisezentrum‘. So kommt man in der Ableitung dieses Euphemismus vom Aufnahme- zum Abschiebe- zum Ausreisezentrum.



Es gibt aber nicht genügend Angebote zur Partizipation.“

Aktuell wird wieder allerorten Leistung beschworen. Wer wird damit angesprochen?

Ich kann natürlich nicht als Ökonomin, sondern nur als Diskursforscherin versuchen, das dahinter stehende Bild zu analysieren: Im neoliberalen Gedankengut wird unter anderem unterstellt, jeder sei – grosso modo – für sich selbst verantwortlich. Das impliziert weiter: Wenn jemand arbeitslos ist, hat er oder sie sich nicht genug bemüht, es liegt also nicht an strukturellen Bedingungen. Daraus wird weiter argumentativ abgeleitet: Offenbar ist die Motivation, Arbeit zu suchen, nicht groß genug. Wenn das Arbeitslosengeld oder andere Sozialleistungen nicht so hoch wären, so wird weiter argumentiert, wären Menschen daher eher bereit, ja gezwungen, Arbeit zu suchen und anzunehmen, welche auch immer. Das spielt beispielsweise den Ball an jene zurück, die in schwierigen, oft prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen. Viele strukturelle Veränderungen werden in dieser Argumentation nicht zur Kenntnis genommen, etwa dass in manchen Berufen die Löhne nicht adäquat gestiegen sind, dass die Schere zwischen arm und reich immer mehr auseinanderklafft, usw.

Auch Ressentiments werden geschürt: Wieso bekommen manche ‚Zugewanderte‘ etwas oder genauso viel und ‚wir‘ nicht? So werden strukturell Benachteiligte gegeneinander ausgespielt. Meine Frisörin hat mir

erzählt, dass sie nach 40 Jahren Vollzeitarbeit nur 1300 Euro netto verdient, plus Trinkgelder. Dass sie enttäuscht ist, kann ich gut verstehen. Es kommt in diesen Debatten häufig zur Instrumentalisierung von Ressentiments, Neid und Angst vor Verlust, und nicht zu einem differenzierten Umgang mit großen nationalen wie auch globalen Problemen.

MAN MUSS VON KINDESBEINEN AN LERNEN, WIE MAN SOCIAL MEDIA SINNVOLL IN DEN ALLTAG INTEGRIERT.

In Medien und über die Lager hinweg spricht man von der Verhärtung der Fronten. Keiner rede mehr miteinander. Wie schlimm ist es wirklich um die Streitkultur bestellt?

Ich mag solche Generalisierungen überhaupt nicht. Man muss Räume schaffen, wo man reden, argumentieren, diskutieren und streiten kann. Räume, wo bestimmte Regeln des Dialogs herrschen. Diese kommunikative Kompetenz gibt es, man muss sie ermöglichen und fördern. Ich selbst wohne im 10. Bezirk. Da gibt es etwa die monatlichen Treffen ‚Mitten in Favoriten‘, organisiert von der Bezirksvertretung, mit eingeladenen Vortragenden und anschließender Diskussion. Das findet einmal im Monat statt, in einem typischen Wiener Beisl, wo das Schnitzel sieben Euro kostet. Solche

***Zur Person:** Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak ist Distinguished Professor and Chair in Discourse Studies an der Lancaster University und der Universität Wien. Dzt: Visiting Fellow am IWM, Wien. Zahlreiche Publikationen, aktuell: „Kinder der Rückkehr. Geschichte einer marginalisierten Jugend“ (Ernst Berger & Ruth Wodak) erschien 2018 im Springer Verlag. Ihr Buch „Politik mit der Angst“ in der Edition Konturen (2016) geht detailliert auf rechtspopulistische Rhetorik und Ideen ein.*

Abende sind immer sehr gut von Alt und Jung besucht. Insofern bin ich nicht so pessimistisch.

Warum nicht?

Weil wir wissen, dass es ein Bedürfnis von Menschen ist, miteinander zu reden. Es gibt aber nicht genügend Angebote zur Partizipation. Das halte ich für ein großes Manko. Das, was im Fernsehen als Polarisierung erlebt wird, ist häufig intendierte Skandalisierung, Infotainment. Das Gegenüber-Stellen von Personen besitzt ja einen Unterhaltungswert. Schlimmer ist es in den Social Media. Daher steht Bildung vor großen Herausforderungen. Man muss von Kindesbeinen an lernen, wie man Social Media sinnvoll in den Alltag integriert. Man ist ja nicht online und dann offline, diese klaren Grenzen bestehen so nicht mehr.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass großes Interesse an Diskussion und Information besteht, wie ich an vielen Orten in Österreich vorgetragen habe. Deshalb glaube ich, die Zukunft liegt häufig in der unmittelbaren Nachbarschaft, wo man eben miteinander ins Gespräch kommt.

Nach den Neuwahlen ist eine Fortsetzung der schwarzblauen Koalition keineswegs ausgeschlossen. Rechnen Sie damit, dass sich damit auch die bekannte Rhetorik fortsetzen wird oder haben sich Neiddebatten irgendwann einmal erschöpft?

Ich bin keine Prophetin; es wäre zu hoffen, dass solche Ereignisse zu kollektiven Lernprozessen führen. Ob das der Fall sein wird, weiß natürlich niemand.

Zoran Sergievski, freier Journalist, schreibt über Soziales, Medien und Rechte.

REALITY-CHECK

„Islamisierung der Probleme in der Bildungspolitik“

Die Kindergartenstudie des Islamforschers Ednan Aslan sorgte 2015 für viel Aufsehen. Was blieb von den Radikalismusvorwürfen über islamische Kindergärten?

VON NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

Einen ‚islamischen Kindergarten‘ per se gibt es ja gar nicht und der ist in der Magistratsabteilung 11 auch nicht als solcher aufgelistet“, stellt Sara H. (*Name geändert, Anm.*) fest. Abgesehen davon sei das „Islamprogramm“ bei ihren Kindergruppen nicht so dominant im Bildungsplan vertreten, als dass man es sich groß auf die Fahne schreiben könne. Die 42-jährige Österreicherin betreibt drei Kindergärten im Wiener Gemeindebezirk Favoriten. 2008 eröffnete sie mit ihrer Schwester den ersten privaten Kindergarten, er wird von der Stadt Wien gefördert. Sara H. sitzt auch

**Islamische Kindergärten
als solche
gibt es in Wien
gar nicht.**

im Vereinsvorstand und kümmert sich um die Organisation. Die pädagogische Leitung übernehmen Leute vom Fach. In der Debatte würde sie sich mehr Interesse wünschen, denn „bisher wurden unsere Stimmen als Kindergartenbetreiberinnen ausgelassen.“ Lediglich der Boulevard und populistische Politiker kämen zu Wort.

Im Fokus

Seit einigen Jahren sind islamische Kindergärten und -gruppen verstärkt in den Fokus geraten. Rechte Politiker machen Stimmung, indem sie vor Radikalisierung warnen, und 2015 sorgte eine polarisierende Studie des Religionspädagogen Ednan Aslan für einigen Wirbel. Doch dazu später. In den Medien wird der Anschein erweckt, islamische Kindergärten unterstützen nicht der Kontrolle der Stadt Wien, das Bild von nebulösen Gruppen, von denen niemand so recht weiß, was dort passiert,



Als 2009 das verpflichtende Kindergartenjahr eingeführt wurde, gab es nicht genügend Kindergartenplätze.

geistert umher. Auch die Frage, ob es Mädchen verboten werden soll, in Kindergärten und Volksschulen ein Kopftuch zu tragen, ist fixer Bestandteil der Diskussionen. Wenige Wochen vor dem Ende von Schwarzblau wurde ein Kopftuchverbot im Nationalrat beschlossen. Anfang Mai gewann aber auch der SPÖ-Gemeinderat Omar al-Rawi eine Klage vor dem Handelsgericht gegen die Kronen Zeitung. Sie hatte im Juni 2017 Fotos von Mädchen mit Kopftuch veröffent-

licht und behauptet, Bilder aus einem islamischen Kindergarten in Liesing zu zeigen. Titel: „Kopftuch: Bei Kindern Alltag.“ Damit sollte belegt werden, dass sich in Kindergruppen radikale Tendenzen breitmachen. Laut Al-Rawi handelte es sich aber um Aufnahmen vom Islamischen Zentrum in Wien. Was ist also dran an wiederkehrenden Vorwürfen von Radikalismus und fehlender Kontrolle der Kindergärten?

Tatsächlich unterstehen privat geführte (islamische) Kindergärten genauso wie auch öffentliche dem Bildungsplan der MA10. Der Wiener Bildungsplan steckt die pädagogischen Rahmenbedingungen ab und soll die Qualität des Betriebes gewährleisten. Regelmäßig kontrolliert das Magistrat, ob der Plan eingehalten wird. InspektorInnen besuchen dafür unangekündigt die Kindergärten. In den Medien, die sich auf Aslans Studie beziehen, wird kritisiert, dass Pädagoginnen auf Arabisch oder Türkisch statt auf Deutsch mit den Kindern sprechen. Die Kindergartenbetreiberin Sara H. weist das scharf zurück. „Es gibt Vorgaben von der MA11, an

die wir uns strikt halten.“ Die diplomierte Lebens- und Sozialberaterin weist darauf hin, dass es rechtlich gar nicht möglich sei, pädagogische Fachkräfte einzustellen, die nicht zumindest ein Deutschniveau C1 und die pädagogische Assistenz B2 vorweisen können. Tatsächlich seien „die Vorgaben für die Eröffnung einer Tagesstätte früher aber viel lockerer“ gewesen. Als 2009 das verpflichtende Kindergartenjahr eingeführt wurde, gab es nicht genügend Kindergartenplätze. Die Stadt Wien war damals auf privat geführte Kindergruppen angewiesen, die plötzlich boomten, so die 42-Jährige. „Um eine Kindergruppe zu führen, ist lediglich eine Mini-Ausbildung notwendig gewesen.“ Bereits nach 90 Einheiten konnte eine private Kindergruppe geleitet werden, eine ausgebildete pädagogische Fachkraft musste man dafür nicht sein. Diese Zeit sieht Sara H. kritisch. „Viele haben finanziell motiviert eine Kindergruppe gegründet, da standen das Wohl und die Erziehung des Kindes ganz weit unten.“ Die Stadt Wien hätte damals die Fördermittel gezielter einsetzen und auf den Nachweis einer vollwertigen pädagogischen Ausbildung drängen müssen.

Viele haben finanziell eine Kindergruppe gegründet, da standen Wohl und Erziehung des Kindes ganz weit unten.

Stärkere Kontrollen

Richtig befeuert wurde die Kritik an islamischen Kindergruppen durch eine Studie von Ednan Aslan, die 2015 unter dem Titel „Islamische Kindergärten und -gruppen“ erstellt wurde. Darin entstand an mehreren Stellen der Eindruck, dass sich radikale Entwicklungen breitmachen. Die Stadt Wien verlangte daraufhin eine genaue Auflistung der problematischen Kindergärten und -gruppen, die sie bis heute nicht vom Studienleiter erhielt. In einem Interview mit dem ORF erklärte Aslan, dass „Radikalität im Kindergarten beginnt“ und erhob schwere Vorwürfe gegen die Stadt Wien, die daraufhin den Religionspädagogen klagte. Der Rechtsstreit endete in einem Vergleich. Aslan ließ laut einer Presseaussendung 2018 alle Vorwürfe mit der Begründung fallen, diese Behauptungen würden „nicht zutreffen“. Die Stadt Wien reagierte indes auf Defizite und setzte einige Schritte. Man adaptierte das Kindergartenengesetz, erhöhte die 90 Unterrichtseinheiten auf 400, stockte die Anzahl der Kindergartenkontrolleure auf,



Foto: iStockphoto, Fat Camera

Die Stadt Wien war damals auf privat geführte Kindergruppen angewiesen, die plötzlich boomten.



Ednan Aslan: Seine Studie polarisierte, die Stadt Wien klagte.

und gab nun eine wissenschaftlich fundierte Kindergartenstudie in Auftrag. Die Ergebnisse wurden im Winter 2017 präsentiert. Was waren die Erkenntnisse? Dass man es weniger mit extremistischen Handlungen zu tun hatte, sondern Fehler in anderen Bereichen fand. Lediglich ein Kindergarten und fünf Kindergruppen von insgesamt rund 600 Einrichtungen (genaue Zahlen werden nicht erhoben) wurden aufgrund pädagogischer oder baulicher Sicherheitsmängel geschlossen. Gegen den Betreiber eines Kindergartens läuft derzeit ein Verfahren wegen des Verdachts auf Missbrauch von Fördergeldern.

Aslans Studie wurde später selbst wissenschaftlich durchleuchtet. Zwar konnte man Aslan wissenschaftlich kein Fehlverhalten vorwerfen, doch wurde die Studie qualitativ als mangelhaft beurteilt. Man stellte fest, dass Mitarbeiter des damaligen Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz mehrere Passagen zugespitzt und verändert hatten. Unter anderem auch inhaltliche Einschätzungen, die vorherrschende Stereotype gegenüber MuslimInnen bestätigen. Für die Feindbildpolitik im Wahlkampf war das ein gefundenes Fressen. Das sieht auch Jürgen Czernohorszky (SPÖ) so, der seit 2017 amtsführender Wiener Stadtrat für Bildung und Integration ist. Czernohorszky sagt, viele Aussagen aus der Studie seien von Schwarz-Blau für eine „sehr polemische Diskussion missbraucht“ worden. Die Ergebnisse der von der Stadt Wien 2017 veröffentlichten Studie („Pluralität in Wiener Kindergärten“) lesen sich deutlich anders. Der Blick ist differenzierter, der Befund nüchterner. Stadtrat Czernohorszky beteuert, durch verstärkte Kontrollen und strengeren Auflagen wolle man die schwarzen Schafe im Bereich der Wiener Kindergärten finden – flächendeckend, nicht nur im privaten und islamischen Bereich.



SPÖ-Stadtrat Jürgen Czernohorszky: plant Schwerpunkt in interkultureller Kompetenz.

Interkulturelle Kompetenz

Unbeeindruckt davon setzen die Freiheitlichen ihre Linie fort. Als der umstrittene Buchautor Thilo Sarrazin im März 2019 auf Einladung der FPÖ zu Gast in Wien war, warf Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache wieder die Rhetorikmaschine an. Er wettete von „über 150 islamischen Kindergärten, wo mit Hasspredigten die Kinder zu Märtyrern erzogen werden“, blieb aber konkrete Angaben schuldig. Auch die ÖVP bediente sich in der Folge der Studie Aslans und ließ den Nährboden für antimuslimischen Rassismus nicht austrocknen. Für Sara H. Ist klar, dass es Verbesserungspo-

„Studie Aslans wurde von Schwarz-Blau für eine polemische Diskussion mißbraucht.“ J. Czernohorszky.

tenzial gibt. Sie fordert aufgrund steigender Anforderungen aber auch, dass finanziell nachgebessert wird. „Ich kann nicht die pädagogische Leitung entlasten und eine weitere Pädagogin ins Team holen, während ich jeden Cent umdrehen muss, weil das von der MA11 finanziell nicht getragen wird“, so die Kindergartenbetreiberin. Für eine bessere Qualität im Kindergarten müssten auch Ressourcen zur Verfügung stehen. „Wenn wir aber als Kindergarten mit Kindergruppen in einen Topf geworfen werden, färbt das auf uns Kindergärten ab“, fürchtet Sara H. Sie warnt zudem davor, Probleme der Pädagogik und Bildungspolitik zu „islamisieren und auf dem Rücken von Kleinkindern auszutragen.“ Auch Stadtrat Czernohorszky ärgert es, dass Kinder für populistische Debatten herangezogen werden. „Wir als Stadt wollten dieses Thema immer wissenschaftlich fundiert aufarbeiten, um auf der Grundlage von Fakten zu diskutieren“, so der Stadtrat.

Über „salafistische Tendenzen“ ließ sich seit der Pilotstudie indes wenig eruieren. Studien der Stadt Wien und auch mehrere Lokalreporte wie „Inside Islamkindergärten – Eine Undercover Reportage“ der Zeitschrift Biber fanden keine Indizien für extremistische Handlungen. Sara H. betont, dass in der Praxis vielmehr Interreligiosität wichtig sei. Neben islamischen Feiertagen würden ebenso Feste wie Weihnachten und Ostern thematisiert, zumal auch viele nichtmuslimische Kinder den Kindergarten besuchen. „Diese Kinder wachsen mit der Selbstverständlichkeit auf, dass eine Kindergartenante Kopftuch trägt und wir alle gemeinsam das Zuckerfest oder den Advent feiern.“ Interkulturelle Kompetenz ist auch aus Sicht der Stadt Wien immer stärker gefragt. Sie ließ einen Religionsleitfaden für alle konfessionellen Betreuungseinrichtungen erarbeiten. Jürgen Czernohorszky möchte speziell für den Raum Wien an Bildungseinrichtungen einen Schwerpunkt in der interkulturellen Kompetenz setzen. Das soll vom „Ausbau der Schulungen im Bereich Sprachförderung bis zu neuen Materialien zum Thema Sprache in den Kindergärten“ gehen. Mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften soll verstärkt zusammengearbeitet werden. Auch die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) sei dabei, religionspädagogische Konzepte für Kindergärten zu entwickeln. Ex-Präsident Ibrahim Olgun wurde beauftragt, einen Kriterienkatalog zu erstellen, eine Anleitung darüber, wie der Islam im Kindergarten thematisiert wird. Kindergartenbetreiberin Sara H. sieht das mit gemischten Gefühlen. Sie sieht religiöse Erziehung immer noch in der Verantwortung der Eltern. Was man im Kindergarten tun könne, sei, bestimmte islamische Themen pädagogisch so aufzuarbeiten, dass Kleinkinder sie spielerisch verstehen können, etwa prophetische Geschichten. „Mehr können Kinder zwischen drei und sechs Jahren auch nicht aufnehmen.“ Auch sei es schwer, einen inhaltlichen Konsens zu finden, mit dem die Eltern zufrieden sind, zumal jede Familie ihren Glauben anders lebt. Sara H. ist sich der großen Aufgabe, die ihre Pädagoginnen im täglichen Betrieb leisten jedenfalls bewusst. Sie sieht eine Fehlerkultur bei der Stadt Wien entstehen und zeigt sich über die Zusammenarbeit dieser zufrieden. „Transparenz in solchen Zeiten“ sei sehr wichtig, insofern begrüße sie es, wenn differenziert und offen über Probleme in der Bildungspolitik gesprochen wird.

ZIVILCOURAGE

Es geht um die Systeme

Die ehemalige ÖSV-Schirennläuferin Nicola Werdenigg ging vor zwei Jahren an die Öffentlichkeit und berichtete, wie sie mit 16 Jahren vergewaltigt wurde. Der ÖSV blockte ab, drohte mit Klage. Ein Gespräch über männliche Machtnetzwerke, Solidarität und Sportpatriotismus. Werdenigg wurde – gemeinsam mit MAIZ – von SOS Mitmensch mit dem Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2019 ausgezeichnet.

INTERVIEW: BARBARA KAUFMANN
FOTOS: KARIN WASNER

Vor etwas mehr als 500 Tagen sind Sie mit Ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit gegangen. Wie bereitet man sich auf so einen Augenblick vor?

Die wichtigste Vorbereitung war, dass ich meine Vergewaltigung schon gut 20 Jahre vorher verarbeitet hatte. Ich bin nicht mehr Opfer gewesen. Ich war auch nicht mehr schwer betroffen, sondern ich nenne es gerne „die reife Betroffenheit.“ Mir ist etwas passiert und ich musste damit umgehen. Ich habe keine Wut mehr. Ich kann darüber reden und ich muss darüber reden, weil ich weiß, dass es anderen ähnlich geht. Die sind wütend, verletzt, traurig, trauma-

Es ist interessant, wie mich Menschen auf der Straße ansprechen. Sie sagen: Danke. Ich stehe hinter Ihnen.

tiert. Ich gehe diesen Schritt auch für sie. Natürlich habe ich auch eine lange Psychotherapie gemacht. Dann war da auch mein Mann, dem ich mich anvertraut hab und meine Kinder, die Verständnis für mich hatten. Das wichtigste war für mich, die Fakten sehen zu können. Ich wollte mich an niemandem rächen.

Wie waren die Reaktionen im privaten Bereich, etwa von ehemaligen Kolleginnen?

Es gibt viele Sportlerinnen, auch aus meiner Generation, die sich noch immer stark über ihre sportliche Karriere definieren. Dort habe ich eine starke Skepsis erlebt, die bis heute besteht. Dann gibt es Gleich-



„Das wichtigste war für mich, die Fakten sehen zu können. Ich wollte mich an niemandem rächen.“



N. Werdenigg über den ÖSV und die Sportbranche: „Diese Hierarchien sind männerdominiert. Da haben Frauen nur ganz selten das Sagen.“

altrige, die andere Berufe gewählt haben nach dem Schifahren. Da erlebe ich sehr viel Rückhalt und Zuspruch. Das liegt in der Natur der Sache. Ich habe die Reaktionen aber nie persönlich genommen, das tue ich bis heute nicht. Ich interessiere mich eher für die soziologische Ebene.

Die da wäre?

Dass das einfach Systeme sind mit totalen Tendenzen. Das ist im Sport so. Das ist in der darstellenden Kunst so, wo es körperliche Prioritäten gibt, wo der Körper das Instrument ist, das Werkzeug. Diese Hierarchien sind männerdominiert. Da haben Frauen nur ganz ganz selten das Sagen. Im Schiverband gibt's zwei, drei Quotenfrauen unter 50 Männern. Das sind Strukturen, die in anderen Bereichen schon hinterfragt werden. Im Sport und in der Kunst sind sie noch da.

Woran liegt das?

Daran, dass wir es mit Netzwerken zu tun haben, die ihre Macht gefunden haben und diese Macht erhalten wollen. Und wie kann man Macht erhalten? Das geht über sexuelle

Komponenten, das geht über Geld, über Anerkennung und Ruhm bis hin zur Gewalt.

Wie ist das, wenn man sich als Einzelne gegen so eine Machtstruktur stellt?

Ich hab nie das Gefühl gehabt, dass ich allein dastehe. Ich habe so eine großartige Familie. Ich hatte einige sehr gute Freun-

Ich vergleiche das immer mit der katholischen Kirche. Dort ist aber wenigstens das Oberhaupt reformwillig.

de zu dem Zeitpunkt und ich habe einige sehr gute Freunde durch den Schritt dazu gewonnen. Ich bin nicht allein.

Wie begegnen Ihnen Menschen in der Öffentlichkeit?

Es ist interessant, wie mich wildfremde Menschen auf der Straße, in der U-Bahn, im Lebensmittelgeschäft ansprechen. Sie sagen: „Danke, dass Sie das gemacht haben. Ich finde das toll. Ich stehe hinter Ihnen.“ Ganz am Anfang ist einmal ein Mann auf mich zugekommen, ein alter Mann in der

U-Bahn, und sagte zu mir: „Warum erst jetzt?“ Das ist ja die Standardfrage. Ich konnte ihm dann erklären, dass es nicht Rache war. Und er hat es verstanden.

Welche Rolle spielen denn Vergeltung und Rache für Sie?

Mir wird das natürlich alles unterstellt. Vergeltung, Neid auf erfolgreichere Athletinnen, Geltungssucht. Dass es mir um materielle Vorteile geht, warum auch immer, das Gegenteil ist der Fall. Wer mir so etwas unterstellt, der wird selbst nicht von solchen Gefühlen frei sein.

Wozu raten Sie anderen Betroffenen, wenn sie ihre Erlebnisse öffentlich machen wollen?

Inneren Frieden mit sich zu schließen. Sich selbst keine Schuld mehr zu geben. Zu sagen, es ist etwas Schlimmes passiert, aber ich achte zuerst darauf, dass es mir gut geht. Ich halte es beinahe für unmöglich, dass man das ohne Therapie schafft. Zu sagen, das mache ich mit mir selbst aus, ist nicht zielführend. Mir hat es sehr geholfen. Ich rede auch immer wieder mit einem Psycho-

logen, dem ich sehr vertraue. Damit mir meine Perspektive erhalten bleibt, damit in mir kein Hass aufkommt.

Wie hat sich der ÖSV Ihnen gegenüber verhalten?

Das war eigenartig. Zuerst wurde mir über die Medien ausgerichtet, dass ich verklagt werde. Dann ist zurückgerudert worden. Ich bin schriftlich kontaktiert worden. Ich möge mich beim ÖSV einfinden und alle Namen auf den Tisch legen. Das hab ich aber für den falschen Weg gehalten. Ich wollte sie lieber bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei hinterlegen. Dann hat Präsident Schröcksnadel über einige sehr persönliche Kanäle versucht, mit mir ins Gespräch zu kommen. Er hat mich nicht selbst angerufen. Ich bin sehr leicht erreichbar. Er wollte von mir angerufen werden. Das habe ich aber nicht gemacht.

Wie stehen Sie zu Peter Schröcksnadel?

Egal in welchen Institutionen oder Firmenkonstellationen Männer so lange an der Macht sind, dass sie sich wirklich auch intern diese Hausmacht so abgesichert haben, ist es immer problematisch. Ich glaube, dass Menschen, die so viel Macht haben wollen und das möglicherweise für ihr Inneres brauchen, wahnsinnig schwer mit Kritik umgehen können. Ich vergleiche das immer mit der katholischen Kirche. Da ist aber wenigstens das Oberhaupt der Kirche reformwillig und aufgeschlossen. Beim Schiverband ist es eher umgekehrt. Da darf nichts nach außen dringen.

Was halten Sie von der Kommission, die der ÖSV eingesetzt hat?

Zwei Dinge habe ich von vornherein nicht gut gefunden. Erstens, dass eine Institution sich selbst eine Überwachungskommission bestellt, um etwas in den eigenen Reihen aufzuklären. Zweitens: Frau Klasnic war einerseits die Leiterin der Kommission, aber gleichzeitig auch Ansprechperson der Meldehotline. Melden und untersuchen in einer Person? Unabhängig wie man zur Person Klasnic steht, ist das vom Prozedere her unprofessionell. Man kann auch nicht auf einem privaten Handy eine offizielle Meldehotline einrichten. Das ist dilettantisch.

Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Kommission?

Ich habe für mich selbst akribisch jene Fälle dokumentiert, die sich bei mir ge-



Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2019, Verleihung im Wiener Rathaus.

meldet haben. Es gab dann im Juni 2018 diese Pressekonferenz. Jetzt wusste ich natürlich von ganz anderen Zahlen, von anderen Geschichten und Hintergründen. So wie in dem Fall der oberösterreichischen Athletin, die ihren Langlauftrainer schwer belastet hat, sind Meldung offenbar unter den Teppich gekehrt worden. Sie hat sich im Dezember 2017 bei der Meldestelle gemeldet. Und es ist nichts passiert. Ich habe mich bis jetzt nie zur Vorgehensweise dieser Kommission geäußert, aber Meldungen unter den Teppich zu kehren, das spricht für sich.

Dass #MeToo zu einer Bewegung wurde, als ich an die Öffentlichkeit ging, war eine glückliche Fügung.

Wie ist Ihr Befund vom ÖSV?

Man darf den ÖSV nicht isoliert betrachten. Das ganze System Sport ist schuld. Die nationale Identität hängt in Österreich am Schifahren. Viel Wirtschaft, viel politischer Glanz hängen am Schifahren. Wenn sich dann die Minister im Zielraum von Kitzbühel und Schladming neben die Schi-Heroen stellen, diese Form von Sportpatriotismus ist eigentlich nichts Gesundes, sondern kittet etwas, wo es krankhafte Wunden und Risse im nationalen Gefüge in der Identität gibt.

Sie waren in Österreich eine Art Pionierin, was #MeToo betrifft.

Also ich war sicher nicht die Erste, die über Missbrauch gesprochen hat. Ich war nur die Erste, die wirklich gehört wurde, weil es um einen prominenten Sport gegangen ist. Betroffene sprechen schon lange darüber, sie bekommen nur wenig Gehör. Im Judo, im Schwimmen gab es immer wieder Berichte, aber sie gingen unter. Es war eher eine glückliche Fügung, dass genau in dieser Zeit, in der ich an die Öffentlichkeit gegangen bin, #MeToo zu einer Bewegung wurde. Das hätte ich nicht planen können. Was mich am meisten freut, ist, dass es jetzt immer mehr werden, die darüber reden können, was ihnen angetan wurde.

Bei Vorwürfen gegen Verstorbene wie etwa Toni Sailer wird immer argumentiert, dass sich Tote nicht mehr wehren können. Was sagen Sie dazu?

Es geht nicht um die Toten. Es geht um die Systeme, die das gedeckt haben, was sie getan haben und es immer noch decken und ermöglichen. Im Fall Sailer haben Politik, Wirtschaft und Sport zusammengespielt, um alles zu vertuschen. Man hat Toni Sailer auch der Möglichkeit beraubt, in ein ordentliches Verfahren zu gehen. Möglicherweise hätte es ihm und ganz sicher den Betroffenen sehr geholfen.

Würden Sie alles noch einmal so machen, wie in den letzten 500 Tagen?

Mir geht es sehr gut. Und ja, ich würde alles wieder genauso machen. Ich glaube, es war gut so.

MENSCHENRECHTE

Ich möchte einen Beitrag leisten

Der Wiener Anwalt Wolfram Proksch engagiert sich vielfältig. Seine Arbeit reicht von Facebook über die 3. Piste und Klimaschutz bis zu Sterbehilfe. Den schwachen Parlamentarismus in Österreich hält er aktuell für ein Problem.

INTERVIEW: EVA MARIA BACHINGER
FOTOS: KARIN WASNER

Sie haben Max Schrems gegen Facebook vertreten, setzen sich für ein faires Asylrecht, für Klimaschutz und Sterbehilfe ein. Was ist Ihr Antrieb?

Mandate wie für Max Schrems oder die 3. Piste sind Teil meines Berufsverständnisses. Ich habe mir die Aufgabe auferlegt, meine Möglichkeit als Anwalt, das Recht mit zu entwickeln, tatsächlich zu nutzen. Ich möchte einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Das ist in Österreich leichter als in anderen Ländern, wo Anwälte für ihren Einsatz für Menschenrechte im Gefängnis sitzen oder ermordet werden. Es ist mir aber auch in die Wiege gelegt: Mein Vater und mein Großvater waren Anwälte.

Wo sehen Sie Grundrechte in Bedrängnis?

Ich habe den Eindruck, dass Rechte, die über viele Jahrzehnte blutig erkämpft wurden, jetzt sehr schnell erodieren. Unsere Schönwetterdemokratie seit dem Zweiten Weltkrieg erweist sich nun, da sie durch Populisten unter Druck kommt, leider als nicht so stark wie angenommen. Das fängt bei Umweltschutz an und reicht bis zum Sozialbereich, wo man in Grundrechte von marginalisierten Gruppen eingreift. Das ist ein schlimmer Marker, der einen Rückbau von Demokratie und Menschenrechten anzeigt. Dieser Trend ist nicht nur in Ungarn und Polen erkennbar, sondern leider auch in Österreich.

Auf welche demokratischen Institutionen kann man sich in Österreich verlassen?

Ich sehe bei allen drei Gewalten, der Legislative, der Exekutive und der Judikatur Probleme. Wir haben in Österreich einen schwachen Parlamentarismus. Es herrscht Klubzwang, die Fraktionen setzen die Vorgaben der Regierung ohne Widerspruch um. Die Gesetzgebung wäre stärker, würden die Abgeordneten freier entscheiden. Bei der Vollziehung in den Behörden habe ich den Eindruck, dass vorauseilender Gehorsam gegenüber der Regierung herrscht.

Bei der Vollziehung in den Behörden habe ich den Eindruck, dass vorauseilender Gehorsam herrscht.

Man braucht sich nur so manche Bescheide der Asylbehörden ansehen. In der Rechtsprechung haben wir eine offenkundige politische Besetzung bis zu den Höchstgerichten. Die FPÖ hatte ganz offen ihren Anspruch auf einen Verfassungsrichter auch in die Medien getragen. Das sehen wir in der Nationalbank genauso wie in der Hofreitschule.

Zu den einzelnen Projekten: Wird die Dritte Piste am Flughafen nun noch gebaut?

Ich habe die Hoffnung, dass wir dieses Projekt wirklich zu Fall bringen. Mir ist aber

bewusst, dass es ein starkes politisches Interesse gibt, sie zu bauen. Es geht hier nicht nur um die Frage des Klimaschutzes oder um die Beeinträchtigung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung. Ein Projekt kann ja nur dann verwirklicht werden, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Das öffentliche Interesse wird in diesem Fall aber kaum diskutiert. Entgegen den Behauptungen des Flughafens haben wir einen Rückgang an Flugbewegungen: von 266.000 im Jahr 2008 auf 225.000 im Jahr 2017; im Jahr 2018 gab es einen leichten Anstieg auf 241.000 – der Trend ist aber immer noch fallend bzw. stagnierend. Wozu brauchen wir bei diesem geringen Wachstum einen Ausbau? Sollten wir nicht andere Verkehrswege wie die Bahn stärker ausbauen, die Bahntickets weniger besteuern? Wir könnten auch fragen, warum die Flughäfen von der Grundsteuer befreit sind? Dazu kommt die wohl nur europäisch zu lösende „Quersubventionierung“ des Flugverkehrs durch eine Mineralölsteuerbefreiung von Kerosin und eine Umsatzsteuerbefreiung der Flugtickets. Wem nützt es tatsächlich, wenn der Flughafen Wien Schwechat ausgebaut wird? Im Grunde geht es wohl nur um Transitpassagiere und Transit-Cargo. Das ist aber nicht im öffentlichen Interesse, denn das dient vor allem den Großaktionären des australischen Pensionsfonds, der am Flughafen beteiligt ist, nicht aber dem Bund oder der Stadt Wien. Wir



Tausendsassa: Proksch ist Anwalt in der Wiener Kanzlei Ethos-Legal. Schon im Namen will er vermitteln, dass es ihm in seiner Arbeit um eine ethische Haltung geht. Der umtriebige Anwalt war auch Gründungsmitglied der Neos.

haben jedenfalls den Verwaltungsgerichtshof ersucht, die Sache direkt dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorzulegen. Wir bereiten auch eine Beschwerde bei der EU-Kommission vor.

Es sollen nun die Verfahren im Sinne der Standortsicherung beschleunigt werden. Ziehen Sie und andere Anwälte alles in die Länge?

Die Anrainer werden immer wieder als Querulanten dargestellt, sie würden für lange Verfahren sorgen. Doch das ist nicht der Fall: 2007 wurde das Projekt vom Flughafen Wien eingereicht. Da die Einreichung

unvollständig und grob mangelhaft war, musste mehrmals nachgereicht werden. 2012 kam es zum ersten Bescheid mit 400 Seiten, wo mit einer einzigen Zeile auf die inhaltliche Kritik der Anrainer eingegangen wurde, aber all ihre Namen und Adressen aufgelistet wurden. Dagegen haben wir Beschwerde erhoben, die so lange liegen blieb, dass der Umweltsenat nicht mehr zuständig war. Erst 2015 kam es zu einer Verhandlung vor dem neu geschaffenen Bundesverwaltungsgericht. Eine Entscheidung dauerte wieder bis 2017. Den betroffenen Anrainern einen Vorwurf zu machen ist absurd.

Sie planen eine Staatshaftungsklage in Bezug auf Klimaschutz. Was kann man sich darunter vorstellen?

Da geht es um eine Klimaschutzklage gegen die Republik Österreich beim VfGH. Österreich ist sehr nachlässig, die völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Wir liegen bei den CO₂-Emissionen weit über dem EU-Schnitt, wir erreichen die vereinbarten Ziele nicht. Die Klimaschutzstrategie der Bundesregierung ist zahnlos und wird auch noch mit kontraproduktiven Plänen wie 140 Km/h auf der Autobahn ergänzt.

Österreich fehlt seit Jahren ein ernstzunehmender Diskurs über Sterbehilfe und Suizid.

Es gibt Beispiele für solche Prozesse in der EU, insbesondere in den Niederlanden. Das Land wurde gerichtlich dazu verpflichtet, einen ehrgeizigeren Plan für Klimaschutz vorzulegen. Das ist beachtlich, denn die Regierung hat das tatsächlich auch gemacht.

Sie bringen nun auch eine Verfassungsklage gegen das Verbot der Sterbehilfe ein. Warum ist Ihnen das ein Anliegen?

Österreich fehlt seit Jahren ein ernstzunehmender Diskurs über Sterbehilfe und Suizid. Wir haben eine sehr hohe Zahl an Suizidversuchen, bis zu 40.000 pro Jahr. Das ist ein Zeichen dafür, dass gesellschaftlich ein hoher Druck vorhanden ist, der multiple Ursachen haben kann. Wir haben darüber hinaus eine mangelhafte Suizidprävention. Wenn jemand ernsthafte Suizidgedanken gegenüber seinem Arzt äußert, wird der Betroffene rasch ins Spital eingewiesen. Das hält aber viele davon ab, offen darüber zu sprechen. Ein ganz anderes nicht minder tragisches Thema ist: Wieso schaffen wir

es nicht, einen offenen Diskurs darüber zu führen, dass sich voll geschäftsfähige Personen, die sich aus ihrer Sicht in einer unerträglichen Situation befinden, nur dann das Leben nehmen können, wenn sie es wirklich selbst tun, auf problematische, oft blutige Art und Weise, und nicht einen Arzt um Hilfe bitten dürfen?

Für diese Klage brauchen Sie Betroffene. Welche Rolle spielt dabei Ihr Auftraggeber, der Schweizer Sterbehilfeverein dignitas?

Dem Gründer von dignitas, Ludwig Minelli geht es um die Sache, darum, dass der Staat nicht vorzuschreiben hat wie jemand sein Lebensende sieht und dass er leiden muss. Er hält das für menschenrechts- und verfassungswidrig. Vor mehr als zwei Jahren habe ich die Anfrage von dignitas bekommen, ob ich bereit wäre, die betreffenden strafrechtlichen Paragraphen 77 und 78 verfassungsrechtlich zu einer Prüfung zu bringen. Das geht in Österreich tatsächlich nur über Individualanträge von Betroffenen. Nun könnte man sagen, derjenige, der selbst von einer schweren Krankheit betroffen ist, der kann sich ohnehin das Leben nehmen, der ist von der Strafbestimmung gar nicht adressiert. Die Norm verbietet ja nur dem Beitragstäter die Tat. Das ist ein Widerspruch in sich, denn wieso bestrafe ich einen Beitrag zu einer Tat, zum Sui-

zid, der an sich nicht mehr strafbar ist? Das ist strafrechtlich inkonsequent. Ich vertrete derzeit drei Antragsteller, die für sich diese Möglichkeit beanspruchen, sowie einen Arzt. Es geht um das Recht auf selbstbestimmtes, würdiges Sterben. Das ist der menschenrechtliche Ansatzpunkt, mit dem wir das Verfahren führen.

Kritiker der Sterbehilfe sehen das anders: Sie fordern mehr Hospizeinrichtungen, um würdige Sterbebegleitung zu ermöglichen.

Menschen, die in der Sterbebegleitung tätig sind, leisten tagtäglich einen gewaltigen Job. Es bleibt aber ein Teil von Betroffenen, die sagen, bevor sie in eine totale Pflegesituati-

Wieso bestrafe ich einen Beitrag zu einer Tat, zum Suizid, der an sich nicht mehr strafbar ist?

on kommen oder unerträgliche Schmerzen haben, möchten sie sich das Leben nehmen. Das sind jene, die sich um eine Zulassung in der Schweiz bemühen. Da wird ein aufwändiges Prüfverfahren durchgeführt, mit medizinischen, psychiatrischen Gutachten. Mich ärgert die verkürzte Argumentation der Gegner von Sterbehilfevereinen, da gehe es nur ums Geschäft. Das ignoriert die Wünsche, die ja von den Betroffenen selbst

„Wir haben sehr gute Pflege- und Altersheime, dennoch finden viele Menschen das unerträglich.“ W. Proksch



kommen. In Deutschland darf Sterbehilfe zwar nicht „organisiert“ angeboten werden, ist aber zumindest unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Die Bioethikkommission und die überwiegende Mehrheit der Ärzte in dem Bereich sprechen sich dafür aus, Erwachsenen das Recht einzuräumen, sich bei Erkrankungen, die unheilbar sind, unerträgliche Schmerzen verursachen und unausweichlich zum Tod führen, mit ärztlicher Hilfe das Leben nehmen zu können.

In der Schweiz gibt es den Fall eines Strafgefangenen, der mit ärztlicher Hilfe sterben will. Oder die Beihilfe bei schwerkranken Kindern in Belgien. Führt das nicht in eine problematische Richtung?

Über all diese Fälle muss diskutiert werden. Was ist der Unterschied, wenn jemand mit 17 Jahren an einem unheilbaren Karzinom leidet oder mit 18? Muss er dann noch ein Jahr warten bis er sterben darf? Auch Strafgefangene haben ein Recht auf ein würdevolles Streben.

Wir sind eine alternde Gesellschaft, die Kosten steigen. Entsteht durch solche Regelungen für Einzelfälle nicht Druck auf alte und kranke Menschen?

Dieser Vorwurf wird immer wieder erhoben. Ich kenne keinen einzigen Fall, bei dem es Angehörigen oder Behörden gelungen wäre, nachzuweisen, dass ein Betroffener gedrängt wurde, sich das Leben mit Hilfe zu nehmen, um seine Angehörigen und den Staat zu entlasten.

Ist das nicht ein subtiler Druck? Viele alte Menschen fühlen sich jetzt schon als Belastung.

Ich halte es für ein verlogenes Argument, denn es gibt viele alte Menschen, die sterben wollen und das Gefühl haben, der liebe Herrgott hat sie vergessen. Sie beklagen, dass sie gegen ihren Willen medizinisch künstlich am Leben erhalten werden. Wir haben sehr gute Pflege- und Altersheime, dennoch finden viele Menschen das unerträglich. Geplant ist nun, dass die Pflege vermehrt zuhause stattfinden soll. Das ist aber kaum machbar, auch finanziell nicht. Großfamilien existieren nicht mehr, viele Menschen sind am Ende ihres Lebens vereinsamt. Selbstverständlich soll niemandem das Sterben nahegelegt werden, aber der Staat soll es auch niemandem verbieten, der aus nachvollziehbaren Gründen um Sterbehilfe bittet.

PERSPEKTIVEN

„Wir wünschen uns Integration ab Tag eins“

Die Zahl der Aberkennungsverfahren hat unter Schwarz-Blau zugenommen, erzählt Andrea Eraslan-Weninger vom Integrationshaus Wien. Das sorgt für Unsicherheit und mangelnde Perspektiven. Ein Lokalausweis.

REPORTAGE UND FOTOS: FLORIAN BAYER

Narges ist 18 Jahre alt und im Jahr 2016 aus Afghanistan nach Österreich gekommen. Sie ist froh, denn sie hat heute die Zusage für eine Lehrstelle als Frisörin bekommen. Das hat sie den meisten ihrer knapp 40 KollegInnen voraus, mit denen sie den JAWA^{Next10}Kurs im Integrationshaus Wien besucht. JAWA steht für „Jugendliche auf dem Weg in die Arbeitswelt“ und hilft jungen Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten und MigrantInnen im Alter von 16 bis 21 Jahren auf ihrem Weg ins Arbeitsleben. Sie werden bei ihrer Suche nach einer Lehrstelle oder einer Ausbildung unterstützt, und das seit 13 Jahren. Der aktuelle Kurs läuft seit Mitte Jänner und beinhaltet u.a. Sprachförderung, Mathematik, EDV und Kommunikation.

Geübt wird auch, wie man Lebensläufe verfasst oder Jobinterviews führt. Und so gibt es im Laufe des Kursjahres immer wieder neue Gesichter, was im Sinne der Erfinder ist: Der Kurs (32 Wochenstunden) ist mit begleitender individueller Betreuung und Mentoring extra so angelegt, dass man während des Jahres einsteigen kann. Das zahlt sich aus: Die große Mehrheit der Jugendlichen kann innerhalb weniger Monate weitervermittelt werden.

Die KursteilnehmerInnen sind bei unserem Besuch etwas schüchtern, sprechen aber gut Deutsch. Die meisten kommen aus Afghanistan, dem Irak und Syrien, aber auch die 16-jährige Ana aus Serbien, ihr Wunschberuf ist Hotelfachfrau, oder die 19-jährige Mulki aus Somalia treffen wir in der Gruppe.



Berater Z. Dordevic, Leiterin A. Eraslan Weninger. „Die Aufhebungsquote des Bundesverwaltungsgerichts von Asyl-Bescheiden liegt bei 42 Prozent. Das ist eine völlig inakzeptable Fehlerquote.“

Mulki würde gerne zahnärztliche Fachassistentin oder pharmazeutisch-kaufmännische Assistentin werden. Bis dahin dauert es wohl noch, doch sie ist auf einem guten Weg.

Kursangebote: Die meisten Jugendlichen können innerhalb weniger Monate weitervermittelt werden.

Zunehmend negative Asylanträge

Das Integrationshaus befindet sich in einem unscheinbaren Gebäude im Nordbahnhofviertel im Zweiten Wiener Gemeindebezirk. Flüchtlingen, die in der Grundversorgung Wien (GVS) sind, wird

hier Unterstützung angeboten. Das reicht vom Wohnen über den Kontakt mit Ämtern und Behörden bis hin zur Unterstützung bei der Arbeitssuche. Auch psychosoziale Hilfe ist ein Thema: „Neben Traumata durch die Flucht ist es vor allem die Angst vor einem negativen Asylbescheid oder einem Verschwinden der Lebensgrundlage, die den Menschen immer mehr Sorgen bereiten“, sagt Zelimir Dordevic, psychosozialer Berater in der Psychosozialen Beratungsstelle des Integrationshauses.

Im vergangenen Jahr wurden Asylanträge zunehmend negativ beurteilt, auch bereits bestehende Aufenthaltstitel wurden wieder aufgehoben. Begründet haben das die Be-

hörden etwa damit, das sich die Umstände, aufgrund derer ein subsidiärer Schutz ausgesprochen wurde, im Herkunftsland geändert haben. Mittlerweile dürfen subsidiär Schutzberechtigte selbst bei anhaltenden schweren Krankheiten zum Teil nicht mehr in Österreich bleiben, berichtet Dordevic aus seiner Erfahrung.

Inakzeptable Fehlerquote

„Es ist viel schwieriger geworden, Asyl zu bekommen und es auch zu behalten. Vor allem bei Afghanen gibt es viele negative Asylbescheide und Aberkennungsverfahren“, erzählt auch Andrea Eraslan-Weninger, Geschäftsführerin des Integrationshaus. „Die Aufhebungsquote des Bundesverwaltungsgerichts von Bescheiden in Asylangelegenheiten liegt bei 42 Prozent. Das ist eine völlig inakzeptable Fehlerquote in erster Instanz“, kritisiert Eraslan-Weninger. Sie verweist auch auf die vielen Bleiberechtsfälle, bei denen inhaltlich oft vollkommen willkürlich entschieden wurde. Ein Problem sei auch weiterhin, dass Men-

Eine unabhängige Rechtsberatung steht in Österreich vor dem Ende.

schen nach Afghanistan abgeschoben werden, obwohl dieses Land, das immer wieder durch Attentate und Kriegshandlungen in die Schlagzeilen kommt, nach wie vor nicht sicher ist.

Wie aber stellt sich die Situation für Asylwerbende in Österreich dar? Ein wesentliches Hindernis sei der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt, obwohl eine EU-Richtlinie einen effektiven Arbeitsmarktzugang vorsieht. „Andere Länder wie etwa Deutschland haben ihren Arbeitsmarkt entsprechend geöffnet und gute Erfahrungen gemacht. In Österreich hingegen wurde der Erlass, dass Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren in Mangelberufen arbeiten dürfen, gekippt“, sagt Eraslan-Weninger. Sie berichtet von Fällen, in denen bestens integrierte Lehrlinge direkt aus den Betrieben abgeschoben wurden. Das Ergebnis ist ein Vertrauensverlust bei den Menschen, sie verlieren die Perspektive.

Rekord bei Aberkennungsverfahren

Gibt es rechtliche Probleme, dann hilft die Rechtsberatung des Integrationshauses. Zwei Juristen unterstützen beim Ausfüllen von Dokumenten, beim Aufzeigen von Feh-



Das Integrationshaus vermittelt viele Jugendliche: „Andere Länder wie etwa Deutschland haben ihren Arbeitsmarkt entsprechend geöffnet und gute Erfahrungen gemacht.“ A. Eraslan-Weninger

lern und im Instanzenzug bei unrechtmäßigen Asylbescheiden, die in letzter Zeit stark zugenommen haben. „Über den Köpfen der Antragsteller schwebt ein Damoklesschwert – es herrscht oft große Unsicherheit, wie es mit ihnen weitergeht“, sagt Eraslan-Weninger. Fast jeder kennt jemanden im näheren Umfeld, der oder die von Abschiebung bedroht ist. Das mache den Menschen Angst. Allein im letzten Jahr gab es fast 5.000 Aberkennungsverfahren – das war vor der türkis-blauen Regierung noch nicht so.

Eine relativ neue Schikane für Hilfsorganisationen ist ein kürzlich von der Regierung lanciertes Bundesgesetz, wonach „externe Leistungsbringer“ in der Rechts- und Rückkehrberatung durch eine staatliche Agentur ersetzt werden sollen. Das ist besonders im Bereich der Rechtsberatung bedenklich, weil die Rechtsberater damit dienstrechtlich dem Innenministerium unterstehen

würden. Eine unabhängige Rechtsberatung und Vertretung von Betroffenen wäre dann nicht mehr möglich. Der Gesetzesentwurf von ÖVP/FPÖ hat den Nationalrat bereits erfolgreich passiert und liegt nun beim Bundesrat.

Glücklicherweise gebe es eine lebendige Zivilgesellschaft und viele Freiwillige, betont Eraslan-Weninger. An den vier Standorten des Integrationshauses, alle in Wien-Leopoldstadt, helfen zusätzlich zu den 140 MitarbeiterInnen auch 250 Freiwillige mit – als Buddies, Trainerinnen und Betreuer. Besonders wertvoll sind eigene Erfahrungen im Asylsystem und Sprachkenntnisse, die viele der freiwilligen Helfer und Helferinnen mitbringen. Neben Bildung und Beratung bietet das Integrationshaus auch Wohnprogramme an, etwa Wohngemeinschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen 18 und 25 Jahren.



Gute Stimmung beim ersten Kurstag im Integrationshaus.

Das Leben schwergemacht

Ein Problem für viele ist die reformierte Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe, die wenige Wochen vor dem Ende der Regierungskoalition beschlossen wurde. „Von 365 Euro kann niemand leben. Mindestsicherung kann man das tatsächlich nicht mehr nennen“, ist sich Sozialarbeiter Dordevic sicher. Zusätzlich eingeführte Höchstgrenzen und Auflagen, wie etwa Deutschkenntnisse mindestens auf B1-Niveau würden in Zukunft vor allem jenen das Leben schwermachen, die am meisten Unterstützung bei der Integration ins Arbeitsleben bräuchten.

Auch die Finanzierung der Arbeit des Integrationshauses sei ein ständiger Kampf, sagt Eraslan-Weninger. Deshalb kann nur auf Projektbasis geplant werden. Aufgrund der Kürzungen von Bundesmitteln wurde kürzlich – nach 20 Jahren – ein Projekt für psychisch kranke Asylwerber gestrichen. Zwar erhalte man vom Bildungs-, Frauen- und Sozialministerium weiterhin Unterstützung, es sei aber insgesamt schwieriger geworden. Größter und wichtigster Fördergeber ist nach wie vor der Fonds Soziales Wien, mit dem es eine sehr gute Zusammenarbeit gäbe. Dennoch ist das Integrationshaus auf Spenden angewiesen, die immerhin 15 Prozent des gesamten Etats ausmachen.

„Insbesondere die letzten anderthalb Jahre waren von politisch verursachter Desintegration geprägt und nicht von Integration. Die Regierung hat alles unternommen, damit eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt

und Integration nur ja nicht gelingen kann“, kritisiert Eraslan-Weninger. Eine der größten Herausforderungen sei es aber auch, einen gemeinsamen, konstruktiven EU-Kurs zu finden: „Die EU funktioniert leider gut wenn es um Abschottung und Ausgrenzung geht, aber schlecht bei der Aufnahme von Flüchtlingen und fairen Asylverfahren.“ Ihre dringlichsten Wünsche an die heimische Politik sind eine Verbesserung der Standards in der Grundversorgung, eine

„Von 365 Euro kann niemand leben. Das kann man nicht Mindestsicherung nennen.“
Zelimir Dordevic

Rückkehr zur Mindestsicherung auf hohem Niveau, leichterem Zugang zum Arbeitsmarkt – bei fairer Entlohnung – und eine Entschärfung des Asyl- und Fremdenrechts. In vielen Punkten sei Wien ein Vorbild, zumindest innerhalb Österreichs. Das wichtigste aber sei eine Abkehr vom Rechtsruck und der politisch beförderten gesellschaftlichen Entsolidarisierung, so Eraslan-Weninger: „Wir wünschen uns, dass Flüchtlinge und Migranten ab Tag eins integriert werden.“

Florian Bayer hat Journalismus & Medienmanagement, Globalgeschichte und Philosophie in Wien studiert. Er ist freier Journalist (u.a. Die Furche, zeit.de, profil.at, Südwind) und interessiert sich besonders für Flucht und Asyl, Menschenrechte, Europapolitik und Zivilgesellschaft.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria
Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Florian Bayer,
Anna Karrer, Barbara Kaufmann, Martin Goessler,
Nour Khelifi, Alexander Pollak, Martin Schenk,
Zoran Sergievski, Philipp Sonderegger, Georg Willi

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

P.M. Hoffmann

LEKTORAT:

Magdalena Summereder

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Katharina Hofmann-Sewera

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Stefanie Humer, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE:

40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG

gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen

Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck

der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den

UrheberInnen. Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

POPULÄR GESEHEN

Was Kinder verdienen

Respekt verdient sich jedes Kind, einfach so. Stattdessen heißt es fortan: Aufwachsen wie im sozialdarwinistischen Bewährungscamp.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Jetzt führen sie wieder Ziffernnoten in den ersten Volksschuljahren ein. Es gibt Schlimmeres, aber trotzdem: Kinder können in diesem Alter noch schwer zwischen sich selbst als Person und der Note unterscheiden, was dazu führt, dass der Kleine sich selbst als „Nicht Genügend“ sieht, nicht seine Rechenleistung. SchülerInnen werden dadurch konditioniert, einzig für die Note zu arbeiten. Was sie dann als erstes verlieren, ist die Freude und noch problematischer fürs Lernen: die Neugier. Die Benotung ist dazu noch massiv beeinflusst von der sozialen Herkunft.

Jetzt führen sie wieder das Sitzenbleiben ein. Es gibt Schlimmeres, aber trotzdem: Das Sitzenbleiben ist keine gute Maßnahme zur Erhöhung des Lernerfolgs sozial benachteiligter SchülerInnen. Die Wiederholung einer Klasse wird als massiver Misserfolg erlebt. Analysen von Tillmann und Meier zeigten, dass Leistungen von Sitzenbleibern schwächer sind als die normal versetzter SchülerInnen. Das Sitzenbleiben ist nicht für jede soziale Gruppe gleichbedeutend. Es betrifft viel stärker Buben als Mädchen und es wirft vor allem Kinder aus Haushalten mit geringerem sozialen Status aus der Bahn. Jetzt kürzen sie die Mindestsicherung bei Kindern. Das ist sehr schlimm. Kinder werden in unsichere Existenzverhältnisse getrieben, was höhere Risiken in der Schule für sie bringt. Aus der Bildungsforschung wissen wir, welche Barrieren das aufbaut und welche Chancen das nimmt.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Es macht sich eine Ideologie breit, dass man sich Respekt erst verdienen muss. Dass Kinder sich Respekt erarbeiten sollen. Dass das, was sie wie die Luft zum Atmen brauchen, eine Belohnung darstellt. Für Kinder stellt man sich das Aufwachsen offensichtlich als ein großes sozialdarwinistisches Bewährungscamp vor. Nur die Harten kommen durch. Doch Kinder sollen gut und angstfrei lernen und Leistungen erbringen können – und neugierig bleiben. Nobelpreisträger James Heckmann weiß, dass Kinder gut wachsen können, wenn sie ein waches Interesse an der Welt entwickeln. Den Unterschied macht die Neugier und die Weltzugewandtheit: Welt und Leben nicht als Überforderung sondern als Herausforderung erfahren zu können. Respekt ist kein Verdienst, Respekt ist die Voraussetzung.

Wenn man eine Gruppe verletzlich macht, bleibt das nicht ohne Wirkung. Wer damit rechnet, als unterlegen zu gelten, bringt schlechtere Leistungen. »Stereotype threat« wird dieser Effekt genannt, Bedrohung durch Beschämung. Umgedreht heißt das, dass die besten Entwicklungsvoraussetzungen in einem aner kennenden Umfeld zu finden sind, wo wir an unseren Erfolg glauben dürfen. Wo ich meinem Können traue, dort gibt es auch welche, die mir etwas zutrauen. Zukunft gibt es, wo wir an unsere Fähigkeiten glauben dürfen. Weil andere an uns glauben.

SONDERRECHE

Gehen Sie weiter!

Der ehemalige Innenminister und seine blaue Polizeigewerkschaft wollten die öffentliche Kontrolle der Polizei einschränken.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Ein „rechtlicher Präzedenzfall“ berichtet das ORF-Landesstudio Kärnten auf seiner Website. Ein Polizist habe sich vor Gericht dagegen gewehrt, dass ein von ihm kontrollierter Autolenker ein Video vom Einsatz per Messenger verbreitet habe. Bei widerrechtlicher Veröffentlichung „drohen hohe Strafen“, hieß es, der Polizist habe aber „Recht bekommen“, der „Beschuldigte“ müsse nun Prozesskosten in der Höhe von 6.000 Euro begleichen. Den Betrag, den die Freie Exekutivgewerkschaft vorfinanziert habe. In Polizeikreisen wurde bereits mit Genugtuung auf diese Trendwende in der Rechtsprechung reagiert.

Doch die Geschichte nimmt eine Wendung. Ein einfacher Anruf beim Landesgericht in Klagenfurt brachte zu Tage, dass gar niemand verurteilt wurde. Vielmehr schlossen der Autolenker und der Polizist einen zivilrechtlichen Vergleich, wobei die filmende Partei in die Übernahme der Gerichts- und Anwaltskosten einwilligte. Davon abgesehen, dass nachgeordnete Instanzen keine Präzedenzurteile fällen, sondern Obergerichte, wird der Fall allein schon deshalb nicht zum juristischen Maßstab, weil beim Vergleich kein Urteil ergeht. Von der angeblichen Trendwende in der Rechtsprechung bleibt nix über. Die möglicherweise kreditschädigenden Angaben, die eine Verurteilung des Autofahrers suggerieren, hat der ORF Kärnten mittlerweile korrigiert. Nicht korrigiert wurde der Spin vom Präzedenzfall, den die FPÖ-nahe

CLARTEXT

Wie man gegen Vorurteile vorgeht

Die Muslimische Jugend Österreich zeigte ein Jahr lang vor, wie man gegen Vorurteile ankämpft – nämlich die eigenen. Daran könnte sich die Politik ein Beispiel nehmen.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei ORF.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Exekutivgewerkschaft mit ihrem Rechtsschutzfonds finanzierte. Und so könnte das Verfahren gegen den Autofahrer doch noch zu einem „Präzedenzfall“ werden, nämlich insofern als BeobachterInnen künftig beim Dokumentieren von Polizeieinsätzen übertrieben vorsichtig agieren. Diese einschüchternde Wirkung nennen Menschenrechtler „Chilling-Effekt“. Wie ist die Rechtslage tatsächlich? Wer Videoaufnahmen von einem Polizeieinsatz veröffentlicht muss beim konkreten Fall abwägen, ob das öffentliche Interesse an staatlichen Handlungen die Persönlichkeitsrechte Uniformierter überwiegt. Sehr verkürzt gesagt gilt: ein herabsetzendes Bloßstellen Einzelner ist nicht zulässig, ist ein Polizist oder eine Polizistin Teil des öffentlichen Geschehens, geht die Veröffentlichung ok. Und das ist gut so. Niemand soll in sozialen Medien an den Pranger gestellt werden. Aber dem innerstaatlichen Gewaltmonopol der Polizei steht der Bedarf nach umfangreicher öffentlicher Kontrolle gegenüber. Und oft ermöglicht erst der Videobeweis den Zugang zu einer wirksamen Beschwerde. Der Ex-Innenminister hatte angekündigt, die Persönlichkeitsrechte von PolizistInnen zu stärken. Das würde im Umkehrschluss eine Schwächung der öffentlichen Kontrolle bedeuten. Seine blaue Polizeigewerkschaft kann es kaum erwarten. Ob es dazu kommt, bleibt abzuwarten.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

Ja, auch in den islamischen Communities gibt es ein Problem mit Antisemitismus. Die Gründe sind vielfältig. Das Aufwachsen in einer Gesellschaft, die JüdInnen aus religiösen Gründen verteufelt, könnte einer davon sein. Katholikinnen konnten früher ein Lied singen, schließlich liegen die Wurzeln des Antijudaismus im Neuen Testament begründet. Das Verwünschen von JüdInnen aufgrund politischer Ansichten ist auch eine Realität. Stichwort: Nahost-Konflikt. Die neue muslimenfeindliche aber vorgeblich judenfreundliche Rechte wurde in den vergangenen Jahren nicht müde, diese Probleme herauszustreichen und für ihre Zwecke zu nutzen. So wird mittlerweile auch mit dem Argument, die jüdische Bevölkerung vor Antisemitismus schützen zu wollen, vor dem Zuzug von MuslimInnen nach Österreich und Europa gewarnt. Auch österreichischen Musliminnen hierzulande wurde oftmals pauschal Judenhass unterstellt, wenn Studien zeigten, dass Antisemitismus etwa unter Jugendlichen mit türkischen oder arabischen Wurzeln stärker ausgeprägt war als bei anderen. Im vergangenen Jahr entschloss sich die Muslimische Jugend Österreich dazu, ein Projektjahr gegen Antisemitismus auszurufen. 1.000 Jugendliche wurden erreicht – mit Workshops, Diskussionen, Treffen mit einer Zeitzeugin und Besuchen in den NS-Konzentrationslagern Mauthausen und Auschwitz-Birkenau. Die Jugendorganisation arbeitete mit dem Do-

kumentationsarchiv des österreichischen Widerstands zusammen und ging auf die jüdische Gemeinde zu. Während die Israelitische Kultusgemeinde das Projekt zu Beginn verhalten beobachtete, war IKG-Chef Oskar Deutsch bei der Abschlussveranstaltung, die im Mai kurz vor dem Gedenktag der Befreiung vom NS-Regime stattfand, mit lobenden Worten dabei. Die jungen MuslimInnen stellten sich Vorurteilen, Stereotypen und auch der Ignoranz in der eigenen Gemeinde. Das sollte man ihnen hoch anrechnen. Sie haben sich bemüht, gegen Antisemitismus vorzugehen, ihm den Nährboden zu entziehen – nicht zuletzt durch Information. Sechs Millionen Jüdinnen und Juden wurden vom NS-Regime ermordet. Wie eine Umfrage unlängst ergab, wissen das 58 Prozent der ÖsterreicherInnen aber nicht. Im Laufe der Zeit offenbarten mehrere Europäische Wertestudien zudem, dass nicht wenige ÖsterreicherInnen Angehörigen ethnischer Minderheiten im Lande mit rassistischen Vorurteilen begegnen. Auf ein Projektjahr gegen Rassismus von politischen EntscheidungsträgerInnen warten Betroffene von Rassismus vergeblich. So wie auf den Mut, sich den eigenen Vorurteilen zu stellen, anzuerkennen, dass wir alle in Gesellschaften hineingeboren wurden, in denen Diskriminierung, Stereotypisierung und ja Rassismus Realität sind und wir daher davon nicht frei bleiben, aber dagegen ankämpfen können. Wie das gehen kann, haben die jungen MuslimInnen vorgezeigt.

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

KOLUMNE: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

Als wienerisch-muslimische Suderantin hat es mich unlängst nach Berlin verschlagen und ich muss feststellen: Wien und Berlin sind sich politisch und gesellschaftlich ähnlich und gleichzeitig auch wieder nicht. Ich spazierte an einem McDonalds vorbei, neben deutschen und englischen Infos zu Kasse oder Klo finde ich auch welche in türkischer Sprache. Ebenso in Apotheken oder anderen Geschäften, manchmal sogar auf arabisch oder anderen Sprachen. Wo bleibt hier der Alarmismus? Nach meinem letzten Informationsstand heißt es immer noch Bundesrepublik Deutschland und nicht Muslimische Republik Deutschland. Was machen die in Deutschland richtig und wir in Österreich falsch? In den regulären Supermärkten vermutet man in der Sektion „Regionales“ eben typisch regionale, traditionelle Produkte. Was erblicken meine pollengeschädigten Äuglein neben geräucherter Salami und Bioheumilch? Genau, Halalwurst, Halalwürstchen, Halalschinken. In Österreich unmöglich. 2015 hatte die Supermarktkette Spar Halalfleisch testweise in den Supermärkten angeboten. Was danach folgte, war gratis Kabarett. Wutbürgerinnen und Wutbürger der Extraklasse auf Facebook und Twitter, welche alle gemeinsam auf der Shitstormwelle gesurft sind, was das Zeug hielt. Die Menschen taten regelrecht so, als ob das Halalfleisch kein normales Fleisch wäre, sondern vom Bauernbund des IS kommen würde. Wie aufgeregt kann Mensch sein? Hasskommentare auf Face-

book und Twitter, allesamt auf Spar und die frechen Musliminnen und Muslime losgelassen, woher die sich das Recht nehmen, nach Halalfleisch zu verlangen. Wem's ned passt, der soll sich wieder zurückschleichen. Oh okay, dann fahr ich eben wieder nach Favoriten zurück. Auf jeden Fall hat Spar aus „unbegründeten Vorwürfen“, das Halalfleisch aus dem Sortiment genommen und damit geschickt eine Marktlücke weiterhin nicht genutzt. Währenddessen gehen Deutsche entspannt in türkische und arabische Supermärkte und Konditoreien, kaufen, essen und genießen. Ich wünsche mir das für meine österreichischen Landsleute auch. Kulinarisch mehr ausprobieren, mehr genießen, dann jammern wir Wiener vielleicht auch mal weniger. Das Leben besteht aus vielmehr, als nur Würstl, Gulasch und Palatschinken.

Kulinarische Außengrenzen schützen?

Worüber wir uns in Österreich ständig in die Hosen machen, jahrzehntelang diskutieren und alles in hirnrissigen Szenarien enden lassen, haben die Deutschen einfach durchgezogen. Und sie leben immer noch. Es ist mittlerweile Standard, dass in Supermärkten Ramadan-Kalender oder Halalprodukte angeboten werden. Die meisten Halalprodukte gibt es mittlerweile sogar laktosefrei!! Ich habe in meinem Leben noch nie laktosefreien Ayran in Wien gesehen. Oder Ayran mit verschiedenen Geschmäckern. Kultureller Austausch heißt nicht Mord und Totschlag, eher Humus und Sauerkraut. Denn das Zauberwort

hier lautet nicht Integration, sondern Inklusion. Die Teilhabe und Teilnahme an allem. Ohne Inklusion wären wir alle aufgeschmissen. Insbesondere kulinarisch. Was würden all die Hipster essen, wenn ihnen Falafel verwehrt geblieben wären? Ich könnte mich nicht als Wienerin bezeichnen, wenn ich nicht in den Genuss eines halal Leberkäse gekommen wäre. Nicht alles was anders ist oder Verbindungen zum Islam oder Muslimen hat, muss als fremd und gefährlich angesehen werden. A Eitri-ge hat noch niemandem wehgetan, Döner genauso wenig. Deswegen lasst uns wenigstens durch das Essen zusammenkommen und so neue Verbindungen schließen. Wir brauchen keine Politikerinnen und Politiker, die vielleicht das halbe Leben lang an einem braunen Stück undefinierbarer Masse knabbern und daran festhalten, weil sie Angst haben, was Neues auszuprobieren. Semmelknödel mit der scharfen Harissa-Paste sind wirklich super. Vielleicht gibt's da draußen eine edgy Haubenköchin oder einen Koch, die einen kulinarischen Frontex nicht hinnehmen wollen.

Das freundliche Gesicht

Er schrieb das Bekenntnis zur „deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ wieder ins FPÖ-Parteiprogramm und behauptet, George Soros würde Flüchtlingsströme nach Europa steuern. Von Norbert Hofer als neuem FPÖ-Chef ist kein Kurswechsel zu erwarten.

Als Noch-Minister und designierter Parteichef der FPÖ plauderte er im Moment einer akuten Regierungskrise darüber, dass seine Tochter den Führerschein nun ohne seine Unterstützung machen müsse. Was ist das? Naiv und vorbei an der Realität oder schlauer Fuchs, der das Publikum geschickt mit Home Storys einzwickeln versucht? Norbert Hofer ist zweifellos eine interessante Figur in der österreichischen Politik. Der Mann mit den Knopfaugen hätte als Bundespräsident gerne ausgelotet, „was alles möglich ist“. Das kann er nun als FPÖ-Chef tun. Er setzte sich gegen den Scharfmacher Kickl durch, den offenbar Teile der Partei präferiert hatten. Ausschlag für Hofer gab vielleicht dessen verbindlichere Art der Gesprächsführung. „Ich kann mit jedem“ hatte er einmal gemeint. Inhaltlich dürfte es zwischen Hofer und Kickl hingegen keine großen Differenzen geben. Der Politikberater Thomas Hofer sprach gar von „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“, soll heißen, man hat es bei dem Führungsduo mit zwei Gesichtern, aber einer politischen Richtung zu tun.

Hofer ist das freundliche Gesicht der FPÖ. Als ORF-Satiriker Peter Klien ihn fragte, ob er Stermann oder Grissemann lieber möge, antwortete er, er möge beide – und grinste breit. Hofer ist aber auch Mitglied der deutschnationalen schlagenden Burschenschaft Marko-Germania Pinkafeld. Noch vor zwei Jahren posierte er für ein Werbefoto für die rechtsextreme Monatszeitschrift „Die Aula“. Das Magazin, in dem man KZ-Insassen verunglimpfte und Holocaust-Leugner



Neo-Partei-Chef Hofer: Kann nun zeigen, „was alles möglich ist“.

lobte, wurde mittlerweile, auf Druck der Zivilgesellschaft, eingestellt. Hofer ist kein Neonazi, schrieb die Süddeutsche 2016, und er habe auch keine einschlägige Vergangenheit wie andere seiner Parteifreunde. Dennoch ließ er sich 2011 von zwei NPD-Funktionären für die rechtsextreme Postille „hier & jetzt“ interviewen. In der Ausgabe fand sich ein Gedicht, so die SZ, in dem von „tausend großen Jahren“ die Rede ist, von Odins Raben und fest geschlossenen Reihen wie im Horst-Wessel-Lied. Noch nicht so lange zurück liegt die Ko-Autorenschaft Hofers am „Handbuch freiheitlicher Politik“ und am Parteiprogramm der FPÖ. Darin findet sich u.a. das Bekenntnis zur „deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“. Noch unter Obmann Jörg Haider war es gestrichen worden.

Abtreibungsrecht einschränken

Die politische Einstellung des ehemaligen Stellvertreters von Heinz-Christian Strache lässt sich auch daran erkennen, was er politisch ablehnt. Die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle zum Beispiel, oder das Gender Mainstreaming. Oder, dass in der

Österreichischen Bundeshymne nicht nur die Söhne, sondern auch die „großen Töchter“ des Landes gewürdigt werden. Auch das Recht von Frauen auf Abtreibung hält Hofer für diskutabel. Im „Handbuch freiheitlicher Politik“ wird die Gebärmutter als „Ort mit der höchsten Sterbewahrscheinlichkeit in Österreich“ beschrieben. Hofer verlangt, dass eine verpflichtende Bedenkzeit für Frauen vor der Abtreibung vorgeschrieben wird. Geht es um den Islam, sieht sich Hofer hingegen als Verteidiger der Rechte von Frauen. Ein persönlicher Freund Hofers und sein Lieblingsmaler, „Odin“ Wiesinger, geriet hingegen just mit einer krass herabwürdigenden Äußerung gegenüber Frauen in die Öffentlichkeit. Als die oberösterreichische FPÖ den deutschnationalen Maler „Odin“ Wiesinger in den Kulturbeirat nominiert hatte, wurde ein Posting bekannt, in dem er eine Wiener Rektorin als „hässliches und dummes Stück Fleisch“ bezeichnet hatte. Hofer verteidigte Wiesinger jedoch und empfahl jedem ein persönliches Gespräch. Nach dem vorläufigen Ende als Infrastrukturminister kann Hofer sich im kommenden Wahlkampf wieder breiter positionieren. Ob der gelernte Flugzeugtechniker bereit ist, auch wieder Fakten mit Verschwörungstheorien zu vertauschen, bleibt abzuwarten. Im Oktober 2017 bediente er ein Narrativ antisemitischer Kreise und behauptete über den Milliardär George Soros, dieser würde die Flucht von Menschen nach Europa steuern. Hofer: „Soros steuert mit Sicherheit einiges auf der Welt, auch die Flüchtlingsströme. Das weiß man.“ Konzilianz ist eben nicht alles. (red)

POPULÄRKULTUR

BUCH



Mietmutter-schaft

Die schweizer-australische Biologin, Sozialwissenschaftlerin und Feministin Renate Klein, Jahrgang 1945, beschäftigt sich seit Jahrzehnten kritisch mit den Technologien der Reproduktionsmedizin. Gemeinsam mit ihrer Lebensgefährtin Su-

san Hawthorne gründete sie 1991 auch den feministischen Verlag Spinifex. Nun ist ihr aktuelles Buch „Surrogacy – a Human Rights Violation“ auf Deutsch erschienen. Sie beschreibt darin die medial meist verschwiegenen fatalen Folgen der Ausbeutung von unterprivilegierten Frauen als „Brutöfen“ und Eizellen-„Spenderinnen“ in einer Medizin, die längst eine global agierende Industrie ist. Klein vermeidet den üblichen deutschen Begriff Leihmutter-schaft, weil er ihr zu harmlos erscheint und verwendet den Begriff „Mietmutter-schaft“. Man erfährt auch, dass eine Eizellenspenderin, die für den Vorgang der Leihmutter-schaft zumeist nötig ist, auch keine „Spenderin“ ist, da die meisten Frauen Geld für ihre „Spende“

bekommen. Sie schlägt den Begriff „Eizell-Lieferantin“ vor. Kenntnisreich und detailliert erklärt Klein was die Praxis der Leihmutter-schaft konkret für die Frauen und Kinder bedeutet, sozial, psychologisch und medizinisch. Sie legt in einem eigenen Kapitel dar, dass Gedanken über eine „Regulierung“ der Leihmutter-schaft nur in einer neoliberalen, kapitalistischen Weltanschauung existieren können, weil es meistens ein Macht- und Geldgefälle zwischen „Bestellern“ und „Mietmüttern“ gibt, weil auch im Falle der Kinder das ethische Prinzip, dass Menschen keinen Preis haben, sondern eine Würde schlichtweg ausgeblendet wird. Konsequenterweise fordert sie ein globales Verbot. Das Buch zeigt anhand

zahlreicher Zitate von Expertinnen zudem auf, dass die Kritik an Leihmutter-schaft und grundsätzlich an Reproduktionsmedizin keineswegs – wie oft behauptet wird – nur von konservativen, religiösen Vertretern getragen wird, sondern seit mehr als 40 Jahren auch von feministischer, kapitalismuskritischer Seite.

(Eva Bachinger)

Renate Klein
Mietmutter-schaft – eine Menschenrechtsverletzung.

Marta Press, 2018
224 Seiten, 26 Euro

GRAPHIC NOVEL



Dem Krieg entronnen

Wer sind die Menschen, die vor dem Krieg in Syrien geflüchtet und nach einer strapaziösen Reise in anderen Ländern der Welt gelandet sind? Welche Schicksale haben sie erlebt? Im

Auftrag von „Ärzte ohne Grenzen“ machte sich Comiczeichner Olivier Kugler auf in den Irak, nach Griechenland, die Türkei, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, um syrische Flüchtlinge zu porträtieren. Die ersten Interviews führt Kugler im Flüchtlingslager Domiz in der Autonomen Region Kurdistan (Irak). Es ist ein tristes Bild, das er über die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge zeichnet. Da wäre zum Beispiel Ahmed, jener Protagonist, der das Cover der Graphic Novel zielt. Er erzählt über harsche Winter, die das (Über)leben in seiner blechernen Hütte unerträglich machen. „Ich möchte, dass meine Kinder zur Schule gehen aber im Camp gibt es

nicht genug Plätze“, beklagt sich seine Frau Watha. Man hofft vergebens auf eine positive Story im Heft. Porträtiert wurden über zwei Dutzend Personen, die von Entwurzelung, Entmenschlichung und Enttäuschung berichten, ohne dabei in Hollywood-Manier auf die Tränendrüse zu drücken. Visuell hebt sich die Graphic Novel von anderen aus dem Genre ab. Als erstes fällt das ungewöhnliche Format auf. Statt Kästchen und Sprechblasen, die in einer klassischen Reihenfolge arrangiert sind, zeichnet Kugler ganz- oder doppelseitige Bilder und versieht sie mit nummerierten Textfetzen, damit man nicht den Faden verliert. Das ist etwas, das am Anfang irritiert,

vor allem deswegen, weil die Zeichnungen ein wenig so aussehen, als würde der Autor versuchen, die Langzeitbelichtung nachzuahmen; man könnte diesen Stil auch als illustrierte Skizzen bezeichnen. Oder man sieht diese Zeichnungen als eine Metapher für das kollektive Schicksal der Flüchtlinge: Ein chaotisches Gefüge an Bewegungen, Erlebnissen, Geschichten und dennoch gefangen in einem Stillstand, aus dem sie (eher aus politischen als persönlichen) Gründen nicht herauskommen. (Muhamed Beganovic)

Olivier Kugler
Dem Krieg entronnen
Edition Moderne, 2017
80 Seiten, 24,80 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Kampfansage mit „frohen Botschaften“

Die Verkündung von „Frohen Botschaften“ ist als hilfreiche Strategie gegen das Erstarken der Rechtspopulisten dringend nötig – so die Kernaussage von Walter Willenwebers Publikation „Frohe Botschaft“.

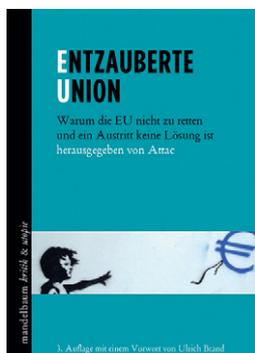
Der Autor geht zunächst der von vielen Menschen gefühlten Wirklichkeit von Krisen, Katastrophen und Kriegen faktisch nach und stellt in zahlreichen Beispielen fest, dass die Menschen heute „gesünder, reicher, sicherer, gebildeter und freier als jemals“ sind. Noch nie zeigte die Kurve der erreichten Fortschritte so steil nach oben wie in den vergangenen 50 Jahren. Er bezieht sich dabei auf den Bereichen Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Menschenrechte und Umweltbewusstsein eine „Aufwärtsspirale“ nach. Im Gegensatz dazu ist das Bewusstsein der Menschen unangemessen pessimistisch. Willenweber geht der Frage nach, warum die Verbreitung von negativen Nachrichten so gut ge-

lingt und landet schnell bei den Medien. Schlechte Nachrichten verkaufen sich einfach besser. Aber Gesellschaften müssen auch am Gelingen lernen. Voraussetzung dafür ist es, Erfolge zu benennen. Daher fordert der Autor die Medien auf, die eigentlichen Sensationen unserer Zeit – Katastrophen die verhindert wurden, den Rückgang von Hunger, Armut, Krankheit, Krieg und Gewalt – auf die Titelseite zu stellen. Eine Gesellschaft, die ihren tatsächlichen Zustand kennt, die zwischen echten Gefahren und nur gefühlten unterscheiden kann, die nicht ausschließlich auf das Misslungene fixiert ist, sondern sich auch über das Gelingen bewusst ist – eine solche Gesellschaft sei stark genug, auch der rechtspopuli-

stischen „Verlockung“ zu widerstehen. Die frohe Botschaft, die ein neues Narrativ voraussetzt (Beispiel Fluchtbewegung), ist Willenwebers Antwort auf Deutschlands Populismus, der auch in Österreich und in Europa Raum greift. Willenwebers Lektüre wirkt plausibel und anregend, die Erkenntnis allein, mehr neue und positive Narrative zu setzen, wird nicht ausreichen, um Rechtspopulisten in die Schranken zu weisen. Aber sie kann ein wichtiger Mosaikstein sein. *(Gerlinde Affenzeller)*

Walter Willenweber
Frohe Botschaft. Es steht nicht gut um die Menschheit – aber besser als jemals zuvor
 Verlag DVA, 2018
 224 Seiten, 18 Euro

BUCH



Entzauberte Union

Der Buchtitel lässt einen angesichts der hier formulierten Aporie etwas ratlos zurück. Die EU ist nicht zu retten, aber sie zu verlassen ist auch keine Option. Okay. Schon in der Ein-

leitung wird etwas klarer, dass Attac die Rückkehr zum Nationalstaat, wie sie die Rechtspopulisten wollen, mit einem Mehr an Europa verhindern will. Hinter der pro-europäischen Haltung steht also keine Überzeugung, sondern politisches Kalkül? Nein, so stimmt das auch nicht. Attac hatte schon in früheren Publikationen seine Hoffnungen an eine EU als soziales und demokratisches Projekt beschrieben. Mittlerweile sei man aber über den fortlaufenden neoliberalen Kurs enttäuscht. Deshalb nun dieses Buch, das in drei Teile und viele Kapitel aufgeteilt ist: Im Analyse-Teil werden u.a. Felder wie Agrar-, Geld-, Flüchtlings und Sozialpolitik untersucht. Knapp

und prägnant sprechen die AutorInnen die wichtigsten Probleme an. Im zweiten Teil geht es um die Konsequenzen und im dritten um die Strategien: Wie lässt sich die Handlungsfähigkeit zurückgewinnen? Hier lesen sich die Kapitel recht unterschiedlich, in jenem über die „Alternativen zum Euro“ z.B. wird ein Binnen-Euro und ein Außen-Euro vorgeschlagen, um die Unterschiede zwischen den Ökonomien zu entschärfen. Freilich wirkt hier einiges nebulos, worin sich auch das Dilemma von Kritik und Lösungssuche ausdrückt. Insgesamt gibt es in diesem Buch freilich eine Menge zu erfahren, was die Machtverteilung Demokratiemängel betrifft. Bei Wirtschafts-

fragen hat die EU z.B. weitreichende Kompetenzen und bleibt mit Mehrheitsentscheidungen handlungsfähig. Bei der Sozialpolitik verhindert hingegen oft das Einstimmigkeitsprinzip geplante Änderungen. Da halten die Nationalstaaten die Hand drauf und hebeln die EU aus. Der Rat, der aus den europäischen Regierungschefs besteht, die nationale Interessen vertreten, wird gerne mit „Brüssel“ verwechselt. Auch das wird im Buch ein Stück deutlicher. *(red)*

Attac (Hg.)
Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist
 Mandelbaum Verlag, 2017
 272 Seiten, 15 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Epochenwechsel

Wie ist das mit dem Aufstieg der Rechtspopulisten, woher kommen sie plötzlich und warum jetzt? Das ist nur eine Frage, die Wolfgang Petritsch auf interessante Weise umreißt. Der ehemalige Kreisky-Sekretär und UN-Botschafter führt

dafür ökonomische, soziale und politische Stränge zusammen: Er sieht in den Achtziger Jahren mit dem Aufkommen der neoliberalen Politik von Thatcher und Reagan im damaligen Beginn des Rückbaus (sozial)staatlicher Kompetenzen die Keimzelle für die heutigen Entwicklungen. Während die „Machtbalance zwischen politischer Steuerung und Kapitalismus zugunsten der Wirtschaft kippte“, hätten es die sozialdemokratischen Parteien in Europa verabsäumt, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Im Gegenteil hätten Politiker wie Gerhard Schröder und Tony Blair mit ihrem dritten Weg das Credo vertreten, das Wirtschaftswachstum würde schon für genügend Wohlstand sorgen. Dieser Kurs wurde von den Parteien zuerst

selbst mitgetragen, dann von ihnen auf fatale Weise „korrigiert“, man denke an Hartz IV. Mit der Finanzkrise 2008 und der darauf folgenden Euro- und Staatsschuldenkrise spitzte sich diese Entwicklung weiter zu. Während die Sozialdemokratie solchermaßen ihre „Selbstaufgabe“ (Petritsch) vorantrieb, stießen Rechtspopulisten parallel dazu in das entstandene politische Vakuum. Parteien wie die Schwedendemokraten konnten ihre Stimmanteile innerhalb von zehn Jahren verfünffachen, ehemals liberale Politiker wie Orbán richteten ihren Kurs nunmehr national aus. Petritsch analysiert (als langjähriger Akteur der internationalen Politik war er auch Hoher Gesandter in Bosnien) die ökologischen, sozialen und poli-

tischen Zusammenhänge auch in den Nachbarregionen Europas wie auch im Nahen Osten, Russland oder den USA. Gerade in dieser Zusammenschau liegt die Stärke des Buches, da Petritsch mit leichter Hand immer wieder Verbindungen sichtbar macht, die einem sonst verborgen bleiben. Dabei problematisiert er die ökonomische Übermacht gegenüber der politischen Macht und reißt in den letzten Kapiteln des Buches mit dem Cyber-Wettrüsten zwischen USA, Europa, Russland und China eine weitere hochaktuelle, demokratiepolitisch brisante Entwicklung an.

Wolfgang Petritsch

Epochenwechsel. Unser digital-autoritäres Jahrhundert

Brandstätter Verlag, 2018
288 Seiten, 25 Euro

GRAPHIC NOVEL



Liebe unterm Hakenkreuz

Wie hat das nationalsozialistische Deutschland seinen Staatsapparat in das Privat- und Familienleben der Menschen hineingetragen? Das skizziert Autorin

Evelyn Steinhöfer anhand von vier prominenten Ehepaaren, die unterschiedliche Strategien fanden, mit der Situation umzugehen: von Lotte Lenya und Kurt Weill, von Meta Wolff und Joachim Gottschalk, von Hansi Burg und Hans Albers und von Maria Bernheim, Hertha Feiler und Heinz Rühmann. Als die Nazis 1933 die Macht ergriffen, dauerte es nur wenige Monate, bis das Kulturleben „rassisch gesäubert“ war. Vor den vier Porträts streift Steinhöfer auch andere bekannte KünstlerInnen. So konnte sich der jüdische Schauspieler Otto Wallburg nach Österreich retten und hier noch ein paar Jahre arbeiten, bis die Barbarei ihn erneut einholte. Andere wie Franz Lehár dienten

sich dem Regime an und wirkten eine Sonderregelung für ihre jüdischen PartnerInnen. Auch Hans Moser, ein Lieblingsschauspieler Hitlers, erhielt eine Sondergenehmigung für seine jüdische Frau Blanca. 1938 überredete Moser sie, nach Budapest zu verreisen, wo sie sechs Jahre lang blieb. Nicht allen gelang es, diese Jahre zu überstehen. Der Schauspieler Joachim Gottschalk und seine Frau Meta Wolff und ihr Kind nahmen sich 1941 das Leben, als sie nach Theresienstadt deportiert werden sollten. Die Autorin beschreibt die Jahre zuvor, von einem harmonischen Familienleben und der Bereitschaft Wolffs, sich für die Karriere ihres Mannes scheiden zu lassen. Als die Kollegin

Brigitte Horney noch versuchte, das Paar in die Schweiz nach Zürich zu lotsen, lehnte Gottschalk ab. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Die Autorin zitiert aus dem Abschiedsbrief: „Meta und Michael schlafen schon...“ Immer wieder wird die schmale Linie deutlich, an denen sich die hier beschriebenen Biographien bewegten: zwischen dem Schutz, den der Status als bekannter Künstler versprach, und der Ungewissheit, welche Sicherheiten er eigentlich bot. (red)

Evelyn Steinhöfer

Mag's im Himmel sein, mag's beim Teufel sein. Stars und die Liebe unter dem Hakenkreuz

Kremayr & Scheriau, 2018
224 Seiten, 22 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Unser täglich Gift

„Wem ist schon bekannt“, schreibt Autor Johann G. Zaller, „dass für französische Weinbauern die Parkinson-Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt ist?“ Man könnte anfügen: Vieles, was in diesem Buch steht, ist kaum jemand bekannt. Zum

Beispiel, dass die Grenzwerte für Pestizide über die vergangenen Jahre stetig nach oben verschoben wurden. Oder dass in den Körpern von Pinguinen, die tausende Kilometer von landwirtschaftlichen Flächen entfernt leben, Pestizide gefunden wurden. Heute haben sich in den Fettzellen aller Menschen Pestizidrückstände abgelagert. Sie sind aus den Ökosystemen, den Böden, den Nahrungskreisläufen nicht mehr wegzubekommen. Vieles liest sich ebenso erstaunlich wie erschreckend in diesem Buch und der Glaube, dass wir durch strenge Lebensmittelsicherheit vor Giftstoffen geschützt sind, schwindet so langsam dahin. Zaller, ein Ökologe an der BOKU, ist weit davon entfernt, alarmistisch zu klingen. Sein Tonfall ist sachlich, der

Rest kommt beim Lesen. Zaller hinterfragt Behauptungen, etwa jene, dass die Ernährungssicherheit der Welt vom Pestizideinsatz abhängt. Denn mittlerweile hat sich der Energieaufwand der industriellen Produktionsweise auf perverse Weise erhöht, sodass oftmals mehr Energie ins System gepumpt als herausgeholt werden kann. Ein Beispiel: Auf den Philippinen ist das Verhältnis von In-/Output beim Reisanbau 1:108, in den USA beträgt es 1:2,5. Das Milliarden-geschäft der Konzerne steht im Mittelpunkt, nicht die Effizienz. Landwirtschaft funktionierte aber noch vor wenigen Jahrzehnten anders, erst in den Fünfziger Jahren begann der Masseneinsatz an Giften. Seither ist die Menge an eingesetzten Pestiziden um das Fünffach gestiegen. Da-

mit auch die Belastung von Natur und Mensch. Dass Experten schätzen, dass weniger als zehn Prozent der Mittel überhaupt wirksam sind, tut dem keinen Abbruch. Gespritzt wird weiterhin: Spitzenreiter ist der Apfelanbau, da gibt es durchschnittlich 31 Pestizidbehandlungen pro Saison, bei Kartoffeln sind es immerhin 12. Und die Pestizidhersteller informieren bereits per SMS kostenlos die Landwirte, wann sie spritzen sollen. Auch vorbeugend. „Unser täglich Gift“ erzählt detailliert von einer Welt, die einem bizarr vorkommt. Aber es ist unsere. (red)

Johann G. Zaller
Unser täglich Gift. Pestizide – Die unterschätzte Gefahr
 Deuticke Verlag, 2018
 240 Seiten, 20,60 Euro

BUCH



Die Pestizid Lüge

Vandana Shiva, Wissenschaftlerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises, beschreibt im Vorwort dieses Buches in wenigen, klaren Sätzen das Dilemma unserer Produktionsweise:

„Die Ökologie lehrt uns, dass Schädlinge durch die chemisch-industrielle Landwirtschaft mittels folgender Prozesse begünstigt werden: Förderung von Monokulturen, chemische Kunstdüngung, Auftreten von Resistenzen, Tötung von Nützlingen.“ Die Folgen sind weitreichend. Nun zeigt die Forschung, dass bereits Kinder mit Pestizidcocktails auf die Welt kommen. André Leu, er war jahrelang der Präsident der Internationalen Ökologischen Landbaubewegung, nähert sich dem Thema Pestizide sehr strukturiert. Er zitiert Studien, die Hinweise auf die additive Auswirkung von Giftcocktails verdichten; die den Nachweis des Zusammenhangs mit Krebserkrankungen

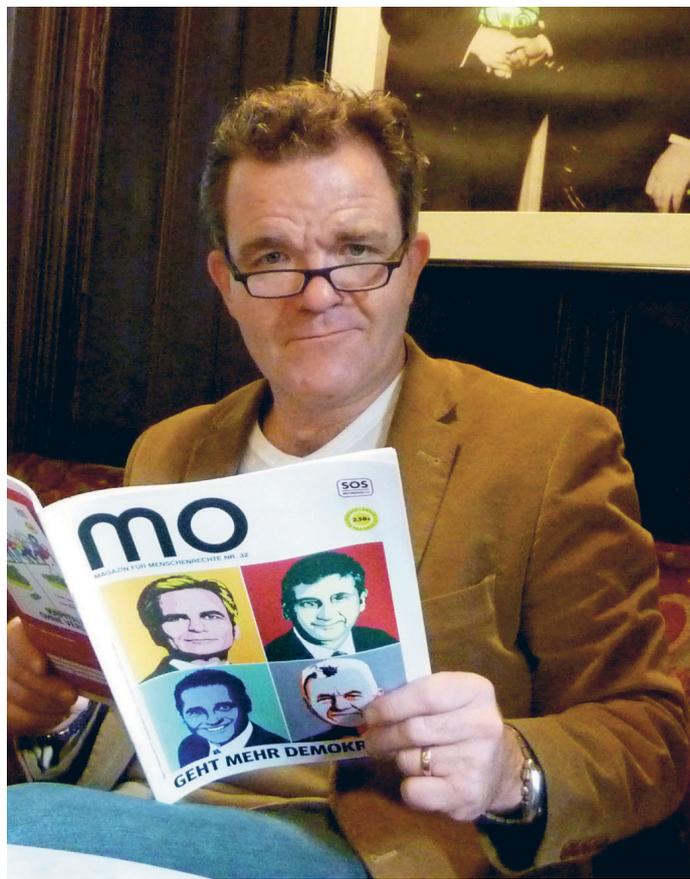
wie etwa Brustkrebs erbringen; die erhöhte Leukämieerkrankungen von Kindern belegen, die auf Farmen mit verstärktem Pestizideinsatz aufgewachsen sind. Leu räumt mit fünf Mythen auf, die falsche Sicherheiten garantieren sollen: Dass alle Agrargifte gründlich getestet werden ist ein Mythos – oft sind es Agrarkonzerne, die sich selbst „kontrollieren“. Dass moderne (!) Pestizide biologisch rasch abgebaut werden, ist ein anderer Mythos. Und dass geringe Mengen ohnehin nicht ins Gewicht fallen, ein weiterer. Für hormonaktive Substanzen, so Leu, gebe es gar keine sicheren Grenzwerte. Zudem sei es häufig Praxis, bei Laborversuchen höhere Dosen einfach herunterzurechnen und auf Men-

schen umzulegen. Das klingt spekulativ und ist es wohl auch, während den KonsumentInnen signalisiert wird: alles unter Kontrolle. Im letzten Kapitel, über den Mythos der Unverzichtbarkeit von Pestiziden, kommt Leu vielfach auch auf die Alternative zu sprechen: die ökologische Landwirtschaft. Ein schöner Teil im Buch, der die Hoffnung nährt, dass der Irrweg und falsche Fortschrittsglaube der Sechziger Jahre auf Kosten unserer Gesundheit ein Ende hat. (red)

André Leu
Die Pestizid Lüge. Wie die Industrie die Gesundheit unserer Kinder aufs Spiel setzt
 Oekom Verlag, 2018
 240 Seiten, 20,60 Euro

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

INTEGRATION

Integrationspolitik auf dem Rückzug

SOS Mitmensch hat einen Bericht über die Integrations- und Desintegrationspolitik der neuen Bundesregierung veröffentlicht. Einundzwanzig ExpertInnen bewerteten die Maßnahmen der Regierung im integrationspolitischen Feld. Von den Maßnahmen, die bisher umgesetzt wurden, wurden fast drei Viertel als überwiegend oder gänzlich desintegrativ eingestuft. Zu den desintegrativen Maßnahmen zählen

etwa das Verbot der Lehre für Asylsuchende, die Kürzung des AMS-Budgets im Integrationsbereich, die Halbierung der Budgetmittel für Integration an Schulen sowie die Kürzungen bei der Sozialhilfe. SOS Mitmensch fordert die Rücknahme desintegrativer Maßnahmen. Ziel der Politik sollte es sein, Chancen und Perspektiven zu stärken. Den Bericht finden Sie auf unserer Webseite: www.sosmitmensch.at



PK über die Desintegrationspolitik der Bundesregierung.

BENEFIZAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST

Großartige Kunst für Menschenrechte: Benefizauktion am 18. Juni 2019

Bereits zum neunzehnten Mal findet die kuratierte Benefizauktion aktueller Kunst zu Gunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch statt. Bedeutende Künstlerinnen und Künstler jeder Generation stellen wieder ihre Arbeiten zur Verfügung. 104 Zeichnungen, Druckgrafiken, Gemälde, Fotoarbeiten, Skulpturen und Installationen wurden gespendet. Die eindrucksvolle KünstlerInnen-Liste reicht von Iris Andraschek, Alfredo Barsuglia, Gunter Damisch und Christian Eisenberger über Gelatin, Robert Hammerstiel und Edgar Hohnschläger bis Lisl Ponger, Arnulf Rainer und Ashley Hans Scheirl, um nur ein paar stellvertretend zu nennen.

Für diesen Einsatz danken wir allen Künstlerinnen und Künstlern von ganzem Herzen!

Zeit und Ort der Benefizkunstauktion:

Dienstag, 18. Juni 2019
 Beginn: 19.00 Uhr
 Ort: Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien
 Vorbesichtigung: 17. Juni ab 15 Uhr bis 20 Uhr, und 18. Juni ab 9 Uhr.
 Kontakt: katharina.hofmann-sewera@sosmitmensch.at



Katrin Plavcak „Unterwasser“

Ein umfangreicher Katalog wurde veröffentlicht, die Exponate sind auch auf www.sosmitmensch.at und www.dorotheum.at zu sehen. Wer am Auktionsabend nicht vor Ort sein kann, kann Gebote auch telefonisch oder schriftlich abgeben.

Ein besonderes „Zuckerl“ stellt die teilweise steuerliche Absetzbarkeit der Werke dar. Für Detailinformationen kontaktieren Sie bitte Ihre Steuerberatung oder das Finanzamt.

Dossier zu Verflechtung FPÖ & Identitäre

SOS Mitmensch hat ein Dossier veröffentlicht, das mindestens 48 Verflechtungs- und Berührungspunkte zwischen der FPÖ und den „Identitären“ nachweist. Davon waren auch vier FPÖ-geführte Ministerien betroffen. Ex-Kanzler Kurz zog aus den rechtsextremen Verflechtungen der FPÖ keine Konsequenzen. Erst das Ibiza-Video beendete die Koalition.

Jetzt sind Bundesländer am Zug

Nach dem Beschluss der armutsverschärfenden „Sozialhilfe neu“ durch Regierung und Parlament sind jetzt die Bundesländer am Zug. Sie müssen Ausführungsgesetze erlassen. An ihnen wird es liegen, die großteils unsocialen Vorgaben abzumildern. Auch der Verfassungsgerichtshof wird sich mit möglicherweise rechtswidrigen Kürzungen befassen..

Gratulation den Zivilcourage-PreisträgerInnen

Im vollen Wappensaal des Wiener Rathauses hat SOS Mitmensch zum 15. Mal den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage verliehen. Ausgezeichnet wurde Nicola Werdenigg für ihren Mut, Machtmissbrauch und Gewalt im Sport aufzudecken, sowie der Verein „maiz/das kollektiv“ für unerschütterlichen Einsatz gegen Ausbeutung, Sexismus und Diskriminierung.



Ausgezeichnet: Nicola Werdenigg und der Verein maiz/das kollektiv.

ANDERE ÜBER ...

KOMMENTAR

Gegen die Entwertung des Menschen

1,50 Euro Stundenlohn für eine fordernde Arbeit? Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi hat mit Asylwerbern den Huttererpark gemäht und hält die (inzwischen zurückgenommene) Verordnung des Ex-Innenminister Herbert Kickl für zynisch.

KOMMENTAR: GEORG WILLI

12 Euro Lohn für einen ganzen Arbeitstag? Wer würde für so wenig Geld arbeiten wollen? Und doch: An seinem letzten Arbeitstag musste Ex-Minister Kickl arbeiten den Flüchtlingen vermitteln, wie wenig sie Wert sind. Anders kann man die Verordnung über 1,50 Euro Stundenlohn nicht verstehen. Ich hatte deswegen Herrn Kickl nach Innsbruck eingeladen, wo wir drei Euro in der Stunde bezahlen und rundum auf gute Integration und auf ein friedliches Zusammenleben bauen, anstatt zu spalten. Ich war Anfang Mai eine Frühschicht lang mit zwei Straßenkehrern unterwegs, die aus Afghanistan bzw. Ghana stammen. Und ich habe mit zwei anderen Asylwerbern den Huttererpark gemäht und gesäubert. Ich kann euch sagen: das ist eine fordernde Arbeit, die eine ordentliche Entlohnung verdient. Ich bin froh, wenn die fleißigen Arbeiter einen positiven Aufenthaltsbescheid bekommen würden und wir ihnen nicht nur die erlaubten drei Euro, sondern den vollen Lohn zahlen können.

Die Verordnung des Ex-Innenministers, die jetzt 1,50 Euro als Höchstlohn für gemeinnützige Tätigkeiten von Flüchtlingen festlegt, wurde nicht nur von der Stadt Innsbruck zurückgewiesen: Der ganze Westen Österreichs und auch viele Städte und Gemeinden im Osten sowie zahlreiche prominente VertreterInnen aus der Zivilgesell-

schaft und den Religionsgemeinschaften haben sich gegen diese Entwertung der Menschen und ihrer Arbeit positioniert. Wir sollten in Österreich keine Diskussionen über solche Höchstlöhne führen, sondern über Mindestlöhne. Die Mieten galoppieren dort inakzeptabel davon, wo der Raum besonders eng ist, so wie in Innsbruck oder in Salzburg oder in den Wiener Innenbezirken. Die öffentliche Hand muss gar nicht besonders viel Geld in die Hand nehmen, um die Mieten günstiger zu machen. Man muss nur den Mut haben, sich mit den Richtigen anzulegen: Mit denen, die Bauland und leerstehende Wohnungen horten oder sie auf nicht steuerpflichtigen Plattformen vermieten.

Leistbare Mieten in den Städten würden helfen, einige der dringendsten Probleme unserer Zeit zu lösen: Dabei ist der beste Weg in die Arbeit oder an die Ausbildungsstelle immer noch ein kurzer, einer, der zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden kann. Und das ist für die Integration von Flüchtlingen noch einmal besonders wichtig: Immer wieder haben wir Menschen, die einen Job zu nicht so beliebten Arbeitszeiten bis sehr spät in die Nacht oder sehr früh am Morgen bekommen würden. Gleichzeitig wohnen sie aber weit weg von Innsbruck, wo sie sich eine günstigere Miete leisten können. Jetzt wäre



Illustration: Petja Dimitrova

die Arbeit ein wichtiger Schlüssel für ihre Integration, sie können aber die wenigen Jobs, die ihnen angeboten werden, wegen ihrer Wohnsituation nicht annehmen.

Menschen, die neu in Österreich ankommen, haben es mit vielen behördlichen Hürden zu tun. Knapp bei Kasse zu sein, hilft ihnen definitiv nicht. Das Vorgehen von Kickl, ihnen noch weniger für ihre wichtigen gemeinnützigen Tätigkeiten zu bezahlen, ist deshalb nicht nur zynisch: Er spaltet die Gesellschaft anstatt Allen gute Chancen für die Selbsterhaltungsfähigkeit zu geben. Wir als Stadt Innsbruck sagen deswegen Nein dazu – wir tun alles, damit die fleißigen Hände bald mit ordentlichem Aufenthaltsstatus einer geregelten und kollektivvertraglich gesicherten Arbeit nachgehen können.

ZUR PERSON

Georg Willi

Georg Willi, geboren 1959 in Innsbruck, studierte Biologie und Jus (nicht abgeschlossen) und war vier Jahre Nationalratsabgeordneter der Grünen. Seit Mai 2018 ist er Bürgermeister von Innsbruck und damit der erste Kandidat der Grünen, der dieses Amt in einer Landeshauptstadt innehält.

Thomas Maurer ZUKUNFT

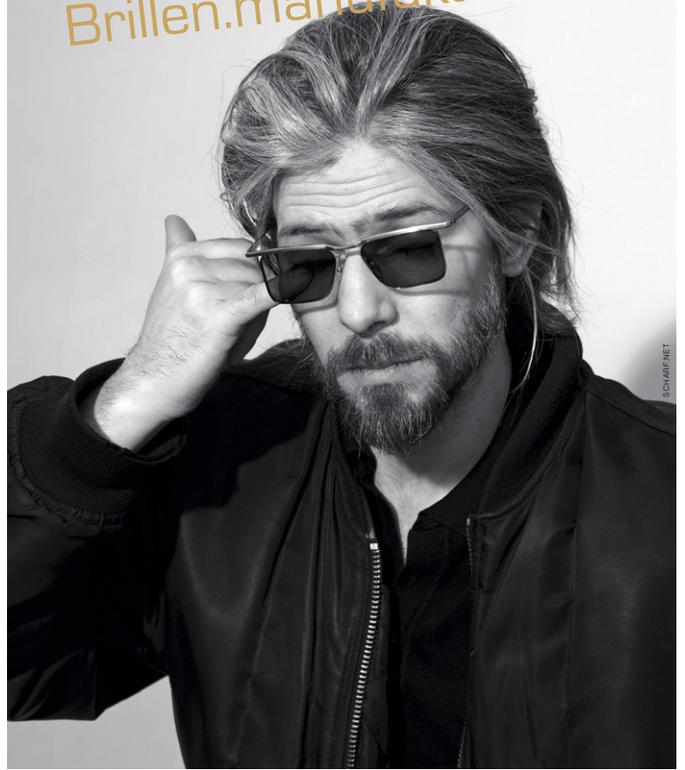
Am 14. Juni im Kabarett Niedermair
Karten unter www.niedermair.at

„Die Zukunft“, wusste schon Karl Valentin, „ist auch nicht mehr, was sie mal war.“ Das kann sein. Kann aber auch nicht sein. Schlüpfrig ist die Zukunft jedenfalls. Was man aber sicher sagen kann: Das neue Programm von Thomas Maurer liegt in der Zukunft. Zumindest für alle, die es noch nicht gesehen haben.



(c) Ingo Pertramer

Brillen.manufaktur[®]



SCHARF.NET

1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.info

Line-Up / Tickets →

www [fb](https://www.facebook.com) [insta](https://www.instagram.com)

Altes Hallenbad, Feldkirch

Vorarlberg

Don't

Poolbar

give

05 Jul

shelter

11 Aug

here

Festival

Bilderbuch, Triggerfinger, Keb' Mo', Blood Red Shoes, Mighty Oaks, Tove Lo, Propagandhi, Kodakone, & More



Vielen Dank an die Förderung:

Stadt Feldkirch, Land Vorarlberg und BKA.Kunst&Kultur. Landeshauptstadt Bregenz (poolbar-Generator)

Kunst auktion 2019

Dienstag 18. Juni 2019, 19 Uhr
Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien
www.sosmitmensch.at

Kunstauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH

